

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur Ernst Wittmann, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Willi Plumbach, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprech-Nr. 1111: Für Inserate 1567, für die Redaktion 1794, für den Verlag und die Druckerei 961. — Zeitungspreis: 4 Pf. pro Woche.

Bezugspreis: Vierteljährlich einfl. 3,75 Mk., monatlich 1,25 Mk. Beim Abholen vom Verlag und den Postämtern vierteljährlich 3,45 Mk., monatlich 1,15 Mk. Bei den Postämtern vierteljährlich 3,75 Mk., monatlich 1,25 Mk., ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 10 Pf. — Anzeigengebühr: die 7gepaltene Kolonietexte 25 Pf., Anzeigen von auswärts 35 Pf., im Resten 25 Pf. Seite 1,05 Mk. Anzeigen-Abgabe geht verloren, wenn nicht binnen 4 Wochen Zahlung erfolgt. — Postfach-Nr. 2258 Berlin.

Nr. 129.

Magdeburg, Mittwoch den 5. Juni 1918.

29. Jahrgang.

Bereitet das Heim!

Deutschland hat während des Krieges teilweise von den Vorräten gelebt, die es vor dem Kriege bei sich aufgestapelt hatte. Das gilt auch von den Wohnungen. Nunmehr ist deren Bestand so gut wie aufgezehrt. Es gibt, außer in mehr oder weniger abgelegenen Landstrichen, keine leerstehenden Wohnungen, namentlich keine Kleinwohnungen mehr. Fast alle sind besetzt, viele von ihnen stark überfüllt. Jede Wohnungsreserve fehlt. Für den Augenblick des Friedensschlusses werden nach der vorsichtigen Schätzung kenntnisreicher Fachleute

7—800 000 Wohnungen fehlen,

die für die aus dem Felde heimkehrenden Krieger nötig sind.

Aber damit erschöpft sich das Wohnungsproblem, vor dem wir stehen, nicht. Obwohl wir die Not sehen, die uns droht, sind wir zurzeit außerstande, ihr abzuhelfen. Es fehlt uns jede Kenntnis, wo, in welchen Teilen Deutschlands sie bei Friedensschluß auftreten wird. Das hängt ganz von der Entwicklung ab, die hauptsächlich die Industrie bei uns nehmen wird. Wie aber diese Entwicklung sich vollziehen, insbesondere wo sie konstatieren gehen wird, weiß heute noch niemand. Es fehlt ferner an Arbeitskräften und Baumaterial, um heute die mangelnden Wohnungen in einigermaßen beträchtlicher Zahl herzustellen. Es gibt keine Ziegel und keinen Zement, es gibt keine Kohle, um dies Produkt herzustellen, keine Transportmittel, um Steine, Zement und Kohle für die Bauindustrie über das Land zu bewegen und zu verteilen. Die erdrückende Mehrzahl der Bauarbeiter steht im Felde. Das Installationsmaterial für Heizung, Beleuchtung, Kanalisation und Wasseranlage ist von der Heeresverwaltung mit Beschlag belegt. Schließlich kommt noch der

Mangel jeder Organisation

auf diesem Gebiet dazu.

Selbst wenn für die Erbauung der Wohnungen alles da wäre und man schon genau wüßte, wo gebaut werden müßte, so fehlt heute die Leitung, die, ähnlich wie auf dem Ernährungs- und Kriegsstoffgebiet, die Baupolitik nach einheitlichem Plane durchzuführen könnte. Auch die muß erst geschaffen werden. Bisher lagen in dieser Beziehung die Dinge so, daß das Reich sich bis vor kurzem als für Wohnungspolitik unzuständig erklärte. Sie sei nach der Verfassung nicht Sache des Reiches, sondern der einzelnen Bundesstaaten. Die Einzelstaaten aber wägen die Verantwortung wieder auf die Gemeinden ab. Die Gemeinden jedoch sind heute so belastet, daß sie allein die ungeheuer große Aufgabe nicht lösen können. So liegen zurzeit fast unüberwindliche Hindernisse vor, die es unmöglich machen, das Wohnungsproblem schon jetzt so anzupacken, daß es einer nahen Lösung zugeführt werden kann.

Andererseits ist das Wohnungsproblem aber jetzt, also nach dem Kriegsende, dabei, sich bereits in fühlbare Wohnungsnot umzuwandeln. Alle Zeitungen sind augenblicklich von dieser Tatsache voll. Ungezählte fühlen sie bereits am eignen Leibe, noch bevor die Millionen, die draußen kämpfen, demobilisiert sind. Immer zahlreicher werden die Fälle, in denen

Kriegesräucher mit ihren Kindern obdachlos

auf der Straße liegen, während ihre Männer für den Schutz des heimatischen Bodens ihr Leben einsetzen.

Auf der einen Seite also Verhältnisse, die augenblicklich jeden großzügigen Wohnungsbau vereiteln, auf der anderen Seite Zustände, die nach Erbauung neuer Wohnungen geradezu schreien. Das ist der ungeheuer schwierige Tatbestand, vor dem wir auf diesem Gebiet stehen.

Was ist nun in diesem Dilemma zu tun. Auf diese Frage hat die Wohnungskommission des

Reichstags in dieser Winter- und Frühjahrstagung mit heiligem Bemühen Antwort zu finden gesucht. Sie hat ernstlich alle Vorschläge geprüft und durchberaten, die zur Beseitigung der schwierigen Situation im Lande aufgetaucht sind. Schließlich legten die vier sozialdemokratischen Mitglieder der Kommission einen Antrag vor, in dem in kurzen scharfen Umrissen ein Aktionsprogramm gegen die Not entwickelt war. Es ist seinerzeit in der Parteipresse veröffentlicht worden. Die Genossen hatten die Genugtuung, daß ihr Antrag von allen andern Fraktionsvertretungen in der Kommission als eine geeignete Grundlage zu weiterem Vorgehen angenommen wurde. Er ist dann, abermals in gründlicher Beratung, dort gemeinsam durchberaten und in einigen nicht allzu wesentlichen Punkten erweitert worden. In dieser Fassung ist er alsdann kurz vor Pfingsten in der Vollversammlung des Reichstags erörtert und dabei von allen Parteien einstimmig angenommen worden. Das ist

ein großer Erfolg.

der Wohnungspolitik unserer Partei.

Der beschlossene Antrag geht von der Voraussetzung aus, daß schon jetzt mit allen Mitteln mit den Vorbereitungen zur Bekämpfung der schon vorhandenen und noch immer mehr drohenden Not begonnen werden muß; daß von nun an in jedem Augenblick das getan werden muß, was schon getan werden kann, und daß sich ja Aktion an Aktion, und zwar nach einem einheitlichen, alle Kräfte umspannenden Plane zu reihen habe.

Das erste, was notwendig und was zugleich heute schon durchführbar ist, ist die Schaffung einer Organisation über das ganze Reich hin. Diese Forderung stellt der Reichstagsbeschluß deshalb an die Spitze seiner Vorschläge. Sie geht dahin, daß dem bisherigen Zustand ein Ende gemacht wird, wonach, wie schon angedeutet, das Reich seine Arbeit auf die Bundesstaaten, diese sie auf die Gemeinden abladen. Reich, Staat und Gemeinden sollen gemeinsam an die große Arbeit gehen. Dabei soll, wie selbstverständlich,

das Reich die Führung haben.

Im Reich aber ist das neue Reichswirtschaftsamt die allein dafür gegebene Stelle. Es ist als Zentralstelle für Ubergangswirtschaft bestimmt: die Wohnungsfrage aber ist durchaus eine Angelegenheit dieser Ubergangswirtschaft. Außerdem gehört das ganze Gebiet der Bevölkerungspolitik zum Arbeitsgebiet dieses neuen Amtes: die Wohnungsangelegenheiten aber sind von schwerwiegender Bedeutung für sie. Trotzdem sollen den einzelnen Bundesstaaten ihre selbständigen Rechte in Wohnungssachen nicht genommen werden. Das Reichswirtschaftsamt soll einfach als ihrer aller Beauftragter, als Zentralorgan fungieren. Die Gemeinden und Gemeindeverbände aber sollen die ausführenden Arbeitsorgane sein. Kurzlich ist nun

ein Reichs-Wohnungskommissar ernannt

worden, der dem Reichswirtschaftsamt untersteht. Man geht wohl nicht fehl, wenn man vermutet, daß diese Ernennung die erste Folge des Reichstagsbeschlusses und damit der sozialdemokratischen Anträge ist.

Bis Kriegsende handelt es sich ferner um die Lösung zweier hauptsächlich, großer Aufgaben. Die Schaffung von fehlenden Dauerleinwohnungen, und, da diese vor Ablauf des ersten Jahres allen Berechnungen nach nicht möglich ist, um die Herstellung menschenwürdiger Behelfswohnungen für die ersten vier bis fünf Jahre.

Was die letzteren betrifft, so verlangt der Reichstagsbeschluß in erster Linie Errichtung von Familien-

wohnbaracken. Er verwirft deshalb Ausschüttungsmittel wie Umbau von Dachböden, Kellern, Läden und Lagerräumen in Proletarierwohnungen. Die Wohnbaracken sollen aus lauter kleinen Einfamilienhäusern bestehen, die mindestens Licht und zwei Räume, für kinderreiche Familien noch mindestens einen Raum mehr haben. Jede Gleichförmigkeit soll vermieden werden. Solche Siedlungen sollen am Außenrand unserer Industriestädte errichtet und mit Laubenkolonien verbunden werden, damit die Menschen für die paar Jahre sich

wenigstens einigermaßen wohl fühlen.

Die Vorbereitungen für die Errichtung solcher Siedlungen sollen schon jetzt getroffen werden, damit sie bei Friedensanfang in wenigen Wochen ausgeführt werden können.

Sind die Interims-Siedlungen hergestellt, kann und muß sofort an die planmäßige Schaffung der Dauerleinwohnungen gegangen werden. Dabei soll nicht nach einer Schablone gearbeitet werden. Je nach den verschiedenen Bedürfnissen sollen Miet- und Eigenhäuser, Ein-, Zwei- und Mehrfamilienhäuser, Wohnungen für kinderreiche Familien, Einzel-, Reihen- und Siedlungshäuser errichtet werden. Nur die vier- und mehrstöckigen Mietkasernen soll vermieden,

nur Miethäuser mit höchstens acht Wohnungen

sollen zugelassen werden. Siedlungs-Gesellschaften sollen gegründet, die Baugenossenschaften entwickelt, der Eigenbau von den Gemeinden in großem Maße in die Hand genommen werden. Aber auch die Privatunternehmer sollen herangezogen werden. Denn die fehlenden Wohnungen müssen so schnell wie möglich geschaffen werden.

Die Kosten für eine solche Wohnungspolitik sind natürlich nicht gering. Es ist mit ziemlicher Sicherheit zu erwarten, daß das private Kapital die erste Zeit nach dem Kriege überhaupt nicht bauen wird, solange nicht die hohen Preise auf ein vernünftiges Maß wieder herabgegangen sind. Deshalb muß Reich und Einzelstaat hier einspringen. Nach dem Reichstagsbeschluß soll das Reich 1/2 Milliarde Mark zur Verfügung stellen; von den Einzelstaaten wird die gleiche Summe erwartet. Diese Summe ist gewiß hoch, eine Milliarde insgesamt ist kein Pappenstiel. Aber man hat für den Wiederaufbau der Handelsflotte eine noch größere Summe bewilligt, so ist

eine Milliarde für den Wohnungsbau

nicht minder nötig.

Nach den Erklärungen, die die Reichsregierung auf das Vorgehen des Reichstags bisher abgegeben hat, ist sie bereit, eine Organisation zur Bekämpfung der Wohnungsnot unverzüglich zu schaffen und Geld zur Verfügung zu stellen. Sache der Wohnungskommission wird es nun sein, dafür zu sorgen, daß diese Versprechungen unverzüglich auch erfüllt werden.

Aber damit ist's noch lange nicht getan. Nun muß das einmütige Vorgehen des Reichstags draußen im Lande das lebhafteste Echo finden. Die einzelnen Bundesstaaten müssen durch ihre Parlamente zu einer ähnlich entgegenkommenden Haltung wie die Reichsregierung gebracht werden, und in den Gemeinden muß von nun an alles vorbereitet werden, um sofort an die Arbeit gehen zu können, sobald sich die Möglichkeit dazu zeigt. Dabei muß vor allem der möglicherweise drohende Widerstand von Hausbesitzerkreisen unter allen Umständen gebrochen werden. Unsere Genossen im Lande stehen also vor einer neuen, großen Aufgabe. Sie müssen alle Kraft einsetzen, sie zu einer raschen Erledigung zu bringen.

Paul Göhre.

Die Arbeiter und der Friede.

Die vereinigten Arbeitnehmerverbände haben dem Bundesrat und Reichstag „gewerkschaftliche Forderungen für den Übergang von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft“ überreicht. Unterzeichnet ist die Denkschrift von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften, vom Verband der deutschen Gewerksvereine (Kirch-Dumder), vom

der Sozialen Berufsvereinigung, von der Arbeitsgemeinschaft für einheitliches Angestelltenrecht und der Arbeitsgemeinschaft der technischen Verbände. Die Petition enthält in sieben Hauptabschnitten die Forderungen der Arbeiter und Angestellten für die Ubergangswirtschaft und ist mit einer eingehenden Begründung versehen.

Ihre Wichtigkeit rechtfertigt die wirkliche Wiedergabe, aber ihr Umfang macht das unmöglich; wir müssen uns daher damit begnügen, die leitenden Gesichtspunkte und wichtigsten Anträge hervorzuheben.

In der Spitze steht das Verlangen, im Reichskommisariat für Ubergangswirtschaft und im Wirtschaftsamt des Reichsamts des Innern den Gewerkschaftsgruppen und

Angestelltenverbänden eine genügende Vertretung einzuräumen. Es liegt ja auf der Hand, wie stark die Arbeiter daran interessiert sind, bei der Ordnung der Uebergangswirtschaft auch ihre Interessen zur Geltung bringen zu können. Bis die

Wiederinstandsetzung der Volkswirtschaft

durchgeführt ist, bleibt eine weitgehende staatliche Einwirkung auf die Wirtschaft und das Ernährungsweisen eine gebieterische Notwendigkeit. Der Industrie und dem Handel sofort nach Friedensschluß die Freiheit zurückzugeben, lediglich mit Rücksicht auf den Gewinn zu arbeiten, hieße über die Volksmassen neues schweres Elend verhängen und die Wiederkehr normaler Zustände lange hinauszögern. Insbesondere Einfuhr und Ausfuhr müssen unter öffentlicher Kontrolle des Reichskommissariats bleiben. Es hat dafür zu sorgen, daß die wichtigsten Rohstoffe und Nahrungsmittel zuerst herangeschafft und in gerechter Weise auf die vorhandenen Betriebe verteilt werden.

Die Kriegsgesellschaften für die einzelnen Industrien haben also bis zur völligen Wiederkehr der Friedenszustände fortzuwirken. Die Oberaufsicht führt das Reichskommissariat, das auf der einen Seite die Einfuhr für den notwendigen Bedarf planmäßig zu fördern, auf der andern Seite aber auch die Ausfuhr all dessen zu unterstützen hat, was wir im Ueberflus haben und nicht notwendig gebrauchen, insbesondere von Kohle, Eisen und Erzeugnissen der chemischen Industrie. Zugleich ist beim Friedensschluß auch im Arbeiterinteresse besondere Rücksicht darauf zu nehmen, daß das Deutsche Reich eine genügende Anzahl von Guthaben und Gegenforderungen im Ausland erhält, damit wir die notwendige Einfuhr ohne weitere Entwertung unzes Geldes durchführen können.

Auch der Einfuhr im Ausland soll monopolisiert bleiben, damit nicht das wilde Treiben der Aufkäufer im freien Wettbewerb außerordentliche Preissteigerungen zum

Schaden der deutschen Gesamtwirtschaft

herbeiführt. Das Einfuhrmonopol muß ergänzt werden durch die Genehmigungspflicht für die Ausfuhr, damit nicht Deutschland vorzeitig von Waren entblößt wird, nach denen der heimische Bedarf dringend verlangt. Die Eisenbahnen werden auch nach Kriegsschluß noch geraume Zeit überlastet sein. Deshalb sind die Wasserkraftwerke auszubauen und einheitlich durch das Reich zu verwalten.

Noch wichtiger ist die Herrschaft der Allgemeinheit über die deutsche Seeschifffahrt. Die Verwendung des viel zu knappen Staatsraums, die Festlegung der Routen und der Beförderungstarife muß dem Reichskommissariat unterstellt werden. Ebenso notwendig wie die Kontrolle über die Reedereien wird die öffentliche Aufsicht über die Syndikate und Kartelle sein, die durch ihre Monopolstellung große Macht über die Wirtschaft ausüben können. Bei Wiederbelebung der Industrie, die momentan im Ausgerichte auch nach dem Kriege noch zurückliegen, muß die öffentlichen Verwaltungsbürokratie rechtzeitig Pläne für ihre Aufträge ausarbeiten. Endlich sollen zur zweckmäßigen Durchführung aller dieser Maßnahmen dem Reichskommissariat

Wirtschaftsämter in den Einzelstaaten

und Provinzen zur Seite gehen, in denen wiederum Arbeiter und Angestellte nach Gebühr vertreten sein sollen.

Dies die erste Hauptgruppe der Forderungen, die sich auf die wirtschaftlichen Maßnahmen nach Kriegsschluß beziehen. Ihr Inhalt legt sich dahin zusammen,

denjenigen, daß die Gründe, welche während des Krieges zu tiefen Eingriffen des Staates in die Wirtschaft zwangen, auch nach Kriegsende fortbestehen. Nicht anders liegt es für den zweiten Hauptteil der Uebergangswirtschaft, die Lebensmittelversorgung, Rationierung, Beschlagnahme, Höchstpreise, öffentliche Bewirtschaftung, Massenpeijung und Kriegsküchen müssen bis zum Wiederhandensein genügender Vorräte beibehalten werden. Reichsgetreidestelle, Zentraleinkaufsgesellschaft und die andern Kriegsernährungs-Gesellschaften haben fortzubestehen. Hierzu heißt es in der Begründung:

Die vielfachen Angriffe gegen die Zentraleinkaufsgesellschaft können uns nicht davon abhalten, diese Einrichtung grundsätzlich auch für die Uebergangswirtschaft zu empfehlen, zumal diese Angriffe oft ganz unbegründet waren und zumeist von den von der Zentraleinkaufsgesellschaft in ihrer Tätigkeit beeinträchtigten Interessentengruppen ausgingen. Wir können nicht darauf verzichten, im Interesse der Arbeiter und Angestellten und auch der großen Schichten des Mittelstandes, zu fordern, daß in der Nahrungsmittelversorgung im wesentlichen die Einrichtungen, die sich bewährt haben, aufrechterhalten werden.

Die Einfuhr von Vieh, Nahrungs- und Futtermitteln soll planmäßig gefördert werden; alle Kleinlichen Grenzschikanen müssen unterbleiben. Hauptaufgabe bleibt dabei die Förderung der einheimischen Landwirtschaft und ihrer Produktionskraft. Da der Arbeitermangel für die Landwirtschaft wahrscheinlich fortbauern wird, ist ihre Versorgung mit Maschinen geboten, die für den Bauernbesitz durch genossenschaftlichen Zusammeneschluß rentabel zu machen sind. Jede Benachteiligung der Konsumvereine, die sich im Kriege so glänzend bewährt haben, ist seitens der Behörden zu unterlassen.

Das dritte Kapitel für die Denkschrift enthält die Forderungen für die Arbeitsvermittlung.

Solange die dringend notwendige einheitliche Regelung durch Reichsgesetz noch fehlt, sind die Zentraleinstellstellen zusammenzuschließen und durch eine Reichsstelle in Verkehr miteinander zu bringen. Alle offenen Stellen müssen bei einem allgemeinen oder paritätisch beruhtlichen Arbeitsnachweis gemeldet werden, auch von den gewerkschaftlichen Stellenvermittlern. Für das Auffinden von Arbeit ist den Kriegsteilnehmern und Hilfsdienstpflichtigen bei ihrer Entlassung freie Fahrt zu gewähren. Die Zulassung ausländischer Arbeiter darf während der Uebergangswirtschaft nur durch die Reichsstelle aller Arbeitsnachweise nach Anhörung der Organisationsvertreter erfolgen. Den ausländischen Arbeitern muß mindestens der gleiche Lohn gezahlt werden wie den einheimischen.

Die weiteren Forderungen betreffen die eigentliche Demobilisation. Die Entlassung der Kriegsteilnehmer aus dem Wehrdienst und der Dienstpflichtigen ist so zu regeln, daß die zum Wiedereintritt in die Wirtschaft wichtigsten Kräfte, z. B. die Bergleute und die Arbeiter im Verkehrswesen, zuerst und möglichst rasch entlassen werden. Doch soll nicht etwa in Rücksicht auf Arbeitsmangel ein Kriegsteilnehmer länger festgehalten werden, als militärisch notwendig ist. Wer eine angemessene Beschäftigung nicht zugewiesen erhält, soll Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung haben. Die Dienstbezüge für Wehrkräfte und die Familienunterstützung sind den entlassenen Kriegsteilnehmern noch für mindestens einen Monat nach der Entlassung weiter zu zahlen. Kriegsteilnehmer mit erheblich geschwächter Gesundheit soll ausreichender Erholungsurlaub und nötigen-

falls Kuraufenthalt auf Kosten des Reiches gewährt werden. Unternehmer, die in der Regel mindestens 20 Arbeiter beschäftigen, sollen auf je 20 Arbeiter wenigstens einen Kriegsschädigten einstellen; die öffentlichen Betriebe haben ihre Kriegsschädigten unter allen Umständen wieder zu beschäftigen. Die Aufrechnung der Rente auf den Lohn ist streng zu untersagen. Kriegsteilnehmer mit Familie sollen nach Möglichkeit in den Betrieb wieder eingestellt werden, in dem sie vor dem Kriege beschäftigt waren, wenn sie dort schon ein Jahr beschäftigt gewesen sind. Weitergehende Forderungen der Angestellten in dieser Hinsicht bleiben vorbehalten.

Der fünfte Abschnitt des Gewerkschaftsprogramms für die Uebergangswirtschaft beschäftigt sich mit der Sozialpolitik. Die

Arbeiterschuttforderungen der Gewerkschaften

für die Nachkriegszeit werden den Reichsbehörden noch in einer besonderen Denkschrift unterbreitet werden. Für die Uebergangszeit wird die sofortige Inkraftsetzung der während des Krieges aufgehobenen Schutzbestimmungen und die Aufrechterhaltung der während des Krieges erreichten sozialen Fortschritte gefordert, insbesondere Verbot der Nachtarbeit, 7-Uhr-Nachschluß, Wöchnerinnen-Unterstützung, Recht der Arbeiterschüsse nach dem Hilfsdienstgesetz und Schiedsstellen. Weiter sind Arbeitskammern einzurichten, die Arbeitsgemeinschaften zwischen Arbeitern und Unternehmern zum Zwecke der Arbeitsbeschaffung und Kriegsschädigtenfürsorge befähigt zu unterstützen und den Sachausschüssen in der Heimarbeit die Befugnis beizulegen, daß sie Lohn- und Arbeitsverhältnisse rechtsverbindlich regeln.

Der vorletzte Forderungsbezirk umfaßt die Hilfeleistungen für Kriegsteilnehmer. Der während der Kriegszeit geschaffene Schuldnerschutz soll aufrechterhalten werden, die Mietscheinungsämter bestehen bleiben. Öffentliche Darlehnskassen sollen durch Reichsmittel den in wirtschaftlichen Verfall geratenen Kriegsteilnehmern den Wiederaufbau ihrer Existenz erleichtern.

Als letzter Hauptabschnitt endlich kommen die

Wohnungsfragen

an die Reihe. Gemeinnützige Bauvereinigungen sollen aus öffentlichen Mitteln billigen Kredit erhalten, die Gemeinden sollen ihr Baugelände beschleunigt erschließen und die Ansiedlung von Kriegsschädigten planmäßig fördern. Niedrige Tarife für den Nah- und Vorortverkehr sollen eine gesunde Siedlungspolitik erleichtern. Auch den Hauseigentümern soll bei der Abtragung rückständig gebliebener Hypothekenzinsen öffentliche Hilfe nicht verweigert werden.

Diese Angaben erschöpfen den überquellenden Reichtum der Ideen und Anregungen in der Gewerkschaftsdenkschrift nicht. Ganz wichtige Gegenstände, wie die Reichsforderungen für Landarbeiter oder die Aufrechterhaltung der Ansprüche der Kriegsteilnehmer an Betriebskassen haben wir gar nicht einmal erwähnt. Es ist eben ganz außerordentlich viel, was gechehen muß, damit die sozialen Nachschäden der Kriegskatastrophe, welche große Teile der Arbeiterschaft in der Uebergangszeit bedrohen, zerstreut werden können. Aber wenigstens in großen Umrissen ist hier die Arbeit aufgezeigt, die geleistet werden muß, damit das neue Deutschland nach dem Kriege nicht schon sozial schwer erkrankt, ehe es noch ins Leben tritt. Die Regierung wird nun zu zeigen haben, ob sie wirklich sozialeren Geist gewonnen hat. In jedem Falle wird es notwendig sein, daß starke einheitliche Organisationen diese Ansprüche mit Nachdruck vertreten. —

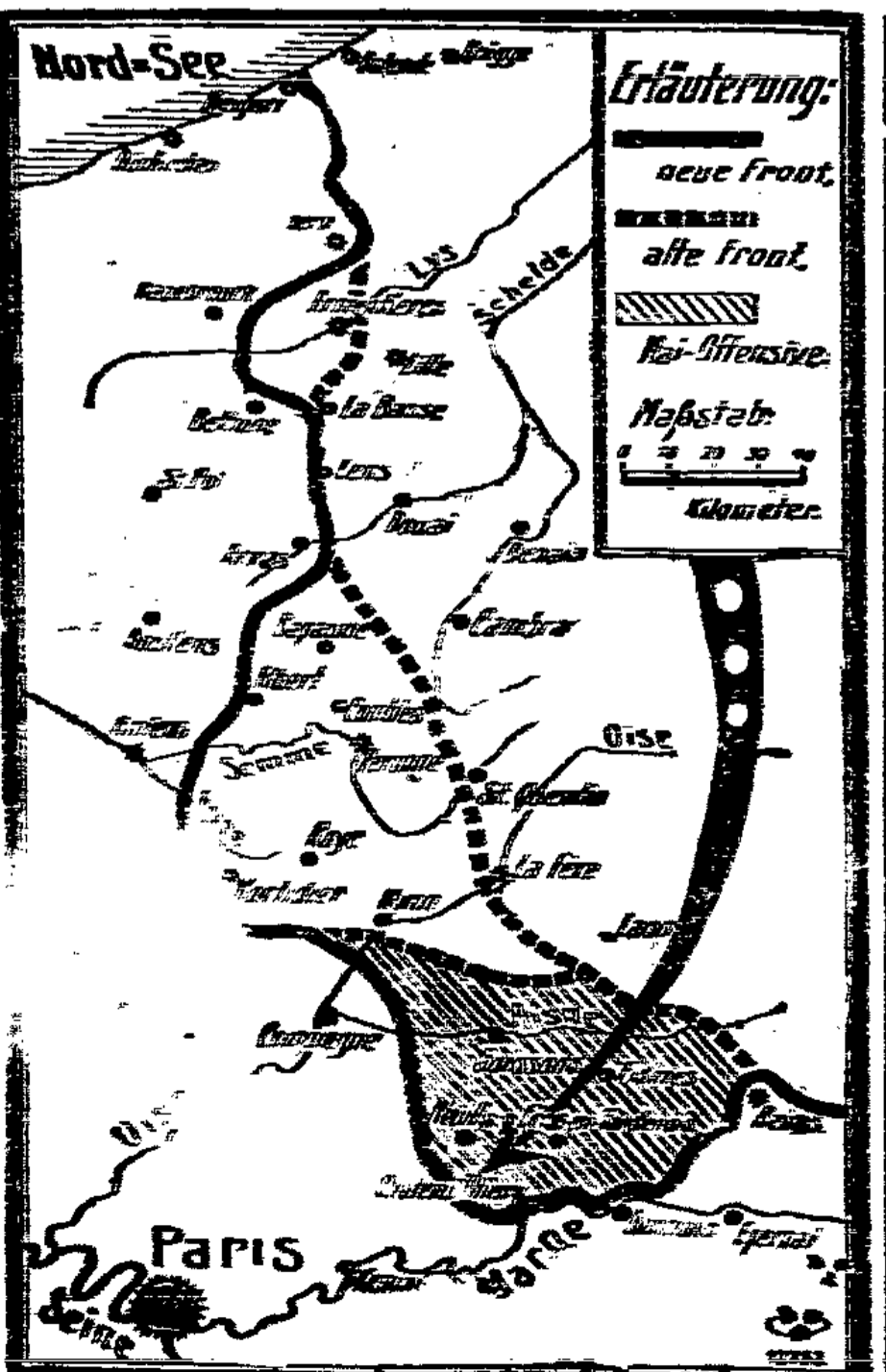
Was der Krieg bringt.

Der Flankenstoß.

In der Nacht sind die deutschen Truppen einmarschieren in ihrem Vorwärtsschritt eingeschritten. Von den Höhen nördlich des Flusses besetzen ihre Kanonen die für großen Vorteil ausgehende Höhe, die von Sedan über Châlons nach Paris führt und so die Verbindungen der großen Lagerstätten untereinander und, jenseits von Paris, auch mit der Nordfront spaltet. Besonders ist die Höhe ein wichtiger Stützpunkt, auch ohne daß die Schienen selbst besetzt sind. Die Schweregeschütze für hoch liegende durch diese Artilleriebesetzung seiner Verbindungen angehalten, wie wir schon in der letzten Eisenbahn-Kammer angedeutet.

Man hat sich augenblicklich zu einem anderen Zustand keine Zeit genommen. Er hat die westliche deutsche Front in großen Teilen angegriffen, um so der Mitte Luft zu machen, nicht nur, um den ganzen deutschen Erfolg über den Fluß zu retten, falls sein Flankenstoß gelingt. Es hat sich nur westlich und jenseits des Flusses eine neue Eisenbahnlinie erstreckt, die südlich nach und jenseits Sedan führt. Dieser sind die Anordnungen der Truppen, die Sedan zu halten und weiter zu gewinnen, herangezogen. Auch der der westliche deutsche Lagerbestand, den die Väter ein geschickter Blick findet, kann man sehr wertvolle Zusätze auf diesen Teil der Eisenbahnlinie machen. Der erhaltene Eisenbahn der Truppen ist dem geschickten und der Front wieder nach Sedan zu gewinnen.

Daher wird nicht nur der Name des deutschen Eisenbahnverkehrs sehr wertvoll verbleiben, auch der Schutzpunkt der Hauptfront ist nicht zu vernachlässigen an diese Front verlegt. Ein Teil auf die Seite zeigt schon, daß die weitere Anordnung der deutschen Eisenbahnlinie neue Verbindungen für die Eisenbahn-Verbindungen möglich sein kann. Der sogenannte wichtige Eisenbahnverkehrs-Eisenbahn ist für die Truppen wertvoll, und alle ihre Anordnungen sind augenblicklich nicht so sehr demnach gewöhnt, um nachher zu ändern, als die für sie nach dem Eisenbahnverkehr.



Compiègne zu schützen, der gewissermaßen schon ein Außenwerk von Paris darstellt.

So ist das Gewicht des deutschen Stoßes vom Süden, wo ein vorläufiger Stillstand an der Marne eingetreten ist, nach Südwesten verlegt worden, wo ein erheblicher Teil der französischen Reserven eingesetzt wird. Die Marne ihrerseits bildet nunmehr einen südlichen Flankenstoß für die zur Hauptfront umgewandelte bisherige rechte Flanke. Sobald dort der groß angelegte feindliche Gegenstoß in seiner Kraft gebrochen und neuer Raumgewinn erzielt ist, bleibt neuen Plänen der deutschen Leitung das Feld offen. Einzigweilen ist, wie der amtliche Bericht seit einigen Tagen sagt, die Lage an der Marne und zwischen Marne und Reims unverändert. Was nicht heißt, daß sie dort nun dauernd unverändert bleiben muß. Die französische und englische Fachkritik rechnet im Gegenteil mit neuen Ueberraschungen. Und so sehr man dort auch den Anschein zu erweiden sucht, daß absolutes Verharren zu hoch Führung bestche, so groß ist tatsächlich die Unruhe, die im Entzettelager über die Absichten der Deutschen herrscht. —

Schwehische Revolte in Russland.

Eine Erhebung der tschechisch-polnischen Truppen, die in der Richtung auf Warschau zielte, um vor kurzem nach der französischen Front übergeführt zu werden, führte zu heftigen Zusammenstößen mit Sowjettruppen in Paris. Die tschechisch-polnischen Truppen des Entzettelager sind seitens der Russen Armees abgewiesen. Der Bolschewik für den Krieg, Trotski, schickte, wie die Petersburger Telegraphenagentur meldet, an alle Eisenbahnen-angestelltenverbände des Ostens einen telegraphischen Rundbrief, in dem er die Beförderung der tschechischen Truppen auf den tschechischen Eisenbahnen verbietet. Alle tschechisch-polnischen Eisenbahnen sind in die Gewalt der Russen Armees fallen, indem nach dem neuen Befehl Trotski auf der Stelle erschießen werden. Um die Kontexte zu erklären, daß sie am Ostens nach Westen zu führen, haben mehrere Eisenbahnen ihren gesamten Ser-

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 129.

Magdeburg, Mittwoch den 5. Juni 1918.

29. Jahrgang.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 4. Juni 1918.

Das Flaggentuch.

Die „Rheinische Zeitung“ schreibt:

Die Stoffnot wächst mit jedem Tage mehr. Bis weit in die Kreise des Mittelstandes fehlt es an den notwendigsten Kleidungs- und Wäscheartikeln. Ganz trostlos sieht es in Familien mit zahlreichen Kindern aus. Der Ankauf eines neuen Weltbürgers sehen die meisten Mütter schon aus Sorge um Wäsche und Windaeln mit großem Kummer entgegen. Auch an Weltwäse und Unterlagenstoff fehlt es überall. Nicht minder traurig sind die aus dem Heeresverband Entlassenen gestellt. Nicht wenige davon bestimmen die Presse mit Anfragen, wo sie wenigstens das Notwendigste beschaffen könnten. Bezugscheinne sind, ebenso wie die Schuhwaren, sehr oft wertlos, weil entweder die geforderten Preise unerschwinglich oder die Waren überhaupt nicht zu haben sind.

Angeichts dieses beunruhigenden Notstandes fragt man sich mit Recht, weshalb noch immer ungezählte Meter guter Stoffe in Gestalt von Fahnen und Wimpeln für die Allgemeinheit nutzlos auf den Speichern stehen, nur um herausgeholt zu werden, wenn man großes Flaggentuch anzuordnen beliebt. Die Anlässe dazu werden seltener. Auch bei den größten Siegen unserer Truppen ist die Stimmung der Bevölkerung nicht mehr eingestellt auf das altpatriotische Straßenbild: „Die Fahnen flattern hoch im Wind!“ Wenn wir wirklich einmal Grund zur Freude haben sollten, etwa bei dem allgemeinen Friedensschluss, werden wir auf den Flaggenschmuck ebenso gut verzichten können, wie wir jetzt schon das Glöckengeläute entbehren müssen und sicher Friedensgloden nicht werden läuten hören.

Die Behörden sollten ungesäumt zu einer freiwilligen Ablieferung aller Flaggen, Fahnen und Dekorationsstücke auffordern. Velleicht ist bei diesen Artikeln ausnahmsweise eine Beschlagsnahme unnötig. Wird sich doch kein guter Patriot alten Schlags dem Verdacht aussetzen wollen, nicht im Besitz einer schwarzweißen oder schwarzweißroten oder sonstigen Fahne zu sein. Auch die Fahnen unserer Verbündeten sind ja während des Krieges stark in Mode gekommen. Eine besonders reiche Ausbeute würden alle unsere Behörden selbst beisteuern können, weil sie jetzt auf Großflaggen gerichtet sind.

Die vielen Meter Stoffe könnten in zahlreichen Familien den schlimmsten Notstand lindern helfen. Es wäre gewiß recht schön, wenn beispielsweise die weißen Fahnenstücke in der Säuglingspflege willkommene Verwendung finden. Bessere und weichere Windeln können wir uns gar nicht denken. Auch für die Tuche in den verschiedenen Regenbogenfarben gäbe es Verwendung genug. Reichtfalls sind sie zu bunt, denn es geht seit Jahr und Tag in aller Welt schon so bunt zu, daß es auf etwas mehr oder weniger durchaus nicht ankommt.

Der unabhängige Rechenkünstler, der im „Hollischen Volksblatt“ unsern Magdeburger Parteiverein durch läppische Zahlentäuscherei zwei Drittel seines Mitgliederbestandes abzurechnen versuchte, tritt jetzt einen geradezu kläglichen Rückzug an. Sein Rechenfehler ist ein Druckfehler und ein Hörfehler des Berichterstatters über die Generalversammlung des Magdeburger Vereins, zwei so unerhebliche Fehler, daß sie völlig bedeutungslos sind. Den Hörfehler hatten wir schon selbst berichtigt: der Kassenbestand betrug nämlich nicht 15 163,20 Mark, sondern 15 163,25 Mark. Der Druckfehler bezog sich auf die Ausgaben; sie waren in unserm Bericht mit 20 233,95 Mark angegeben, während sie 20 632,95 Mark betragen. Auf den ersten Blick sieht man, daß hier eine Zifferverwechslung vorliegt: die 2 ist an die Stelle der 6 geraten und umgekehrt. Ehrliebende Polemiker würden solche offenkundigen alle Tage tausendfach vorkommenden Irrtümer außer Betracht lassen. Was macht aber der unabhängige Rechenkünstler daraus? Er schreibt:

Aus der ganzen Fassung des Berichts mußte geschlossen werden, daß in der Einnahme der Kassenbestand mitenthalten war. Wenn es die Reineinnahme und Reinausgabe sein soll, dann stimmt doch der Betrag nicht, der als Rehrausgabe angegeben ist. Uebrigens war auch der Kassenbestand vom Anfang des Geschäftsjahrs nicht richtig angegeben, wie im Artikel der „Volksstimme“ selbst mitgeteilt wird. Das Ganze ist also eine sehr eigne Art, die Deffenlichkeit zu unterrichten. Sie sieht mehr nach „Sand in die Augen streuen“ aus, als nach Offenheit und Stärke. Wie unter solchen Umständen die jetzt mitgeteilten Angaben zu bewerten sind, überlassen wir unsern Lesern.

Der letzte Satz zeigt auch dem Blindesten, daß es seinem Schreiber, koste es, was es wolle, darauf ankommt, Mißtrauen zu säen. Da „muß man denn doch sagen“, daß so viel Moral nur auf unabhängigem Holze wachsen kann. Aber wenn die unabhängigen Führer sich auch noch so sehr bemühen, schwarz in weiß und weiß in schwarz umzu- — deuten, den aufmerksamen Beobachter täuschen sie nicht, und schließlich kommt auch ihre eigne Geselgschaft dahinter, daß sie mit Waffen kämpfen, vor denen anständige Menschen Abscheu empfinden. Ist es aber erst zu dieser Erkenntnis gekommen, dann stehen jene Führer bald allein auf weiter Flur, und was sie dann noch als Anhang behielten, das wird ihnen jedermann gern gönnen — aus Kleinlichkeitsgründen.

Jede Abarberung auf Bezugsscheinen ist Urkundenfälschung. Man weiß vielfach immer noch nicht, daß der Bezugsschein eine Urkunde darstellt und dementsprechend jede Veränderung, die auf demselben vorgenommen wird, als Urkundenfälschung bestraft wird. Immer wieder kommt es vor, daß Leute auf bereits eingetragenen Bezugsscheinen selbständige Eintragungen, Veränderungen oder Zusätze vornehmen, z. B. auf einem Bezugsschein, der über eine Hufe ausgeht, das Wort „Hufe“ ausstrichen und dafür einen anderen Gegenstand eintragen. Jeder der eine Änderung an einem Bezugsschein vornimmt, läuft Gefahr, sich wegen seiner gesetzwidrigen Handlungsweise der Strafe verurteilen zu müssen.

Die Sparmarkstücke werden nur noch bis zum 1. Juli dieses Jahres bei den Reichs- und Landesbanken zu ihrem gesetzlichen Wert in Zahlung genommen.

Erhöhung der Grunderwerbsteuer für Kirchen. Die Reichssteuer für Grundbesitz und Ufa für die Grunderwerbsteuer für Kirche 1. Wahl auf 50 Pf. je Pfund, für Kirche 2. Wahl (auch Pfarrkirchen) auf 30 Pf. je Pfund, für Kirche 3. Wahl auf 10 Pf. je Pfund erhöht.

Die Altliederabgabe. In Magdeburg sollen bisher 1000 Anzüge abgeliefert sein, 6000 soll Magdeburg aufbringen. Es wird also auch hier noch mancherlei nötig sein, um die benötigte Anzahl zusammenzubringen. Zur Vermeidung von Irrtümern wird übrigens von der Reichsbekleidungsstelle bekanntgegeben, daß von der Abgabe auch Personen, die im Heeresdienst stehen, nicht ausgeschlossen sind. Statt langer Hosen können auch kurze Hosen, insbesondere Sportshorts, abgegeben werden. Der von einer Person abgegebene Anzug braucht in seinen Teilen nicht von demselben Stoff und derselben Farbe zu sein. Wird statt einer Hose ein zweiter Mod oder umgekehrt abgegeben, so ist dies nicht der Ablieferung eines vollständigen Anzugs gleich zu erachten. Auf der Empfangsbekleidungsstelle sind vielmehr die abgelieferten Stücke einzeln aufzuführen. Die Bestimmungen der Reichsbekleidungsstelle haben durchaus nicht überall Zustimmung ausgelöst, man hat mancherlei Beschwerden, die wohl zum Teil auch berücksichtigt werden müßten.



„Was deutsche Arbeit und deutsche Arbeiter vom Frieden erwarten!“ Neun verschiedene Vereine und Interessengruppen, die zum Teil über zahlreiche Mitgliedschaften verfügen, hatten zum Montagabend im Birtus einen Vortragsabend arrangiert, wo Hauptmann Kaufmann vom Oberkommando in den Marken über das oben angegebene Thema einen stündigen Vortrag hielt. Angesichts der großen Zahl der interessierten Vereinigungen muß der Besuch äußerst schmach genannt werden. Außer ziemlich großen Gruppen von Feldgrauen, einer Anzahl von Offizieren und sonstigen Gästen waren knapp 400 Personen anwesend. Eine Musikkapelle leitete den Abend mit einigen Musikstücken ein. Der Referent, von Beruf Jurist, aber nicht identisch mit dem Hauptmann und Rechtsanwalt gleichen Namens in Magdeburg, schilberte zunächst den Aufschwung, den das deutsche Volk in den letzten Jahrzehnten genommen habe. Dadurch habe es den Konkurrenzneid Englands und anderer Nationen entzückt. Da rein wirtschaftliche Fragen die Ursachen des ungeheuerlichen Weltkrieges bildeten, hätten auch alle Kreise der Bevölkerung ein gleiches Interesse an dem glücklichen Ausgang des Krieges. Die Industrie und das Handwerk, ganz besonders aber die Arbeiter aller Schattierungen und Richtungen hätten vom Ausgang des Krieges alles zu hoffen, aber auch alles zu fürchten. Der Vortragsabend sprach dann sehr ausführlich von der materiell und kulturell „glücklichen Lage“ der deutschen Arbeiter, die unter allen Umständen gewahrt bleiben müsse, gegenüber den ruinösen Schädigungen, die eintreten würden, wenn die Kriegsziele der Gegner zur Durchführung kämen. Der Redner trat für einen rücksichtslosen Schwerfritzen und für die Annexion neuen Siedlungslandes und vor allem des Erzbeckens von Longwy und Briey ein. Auch die bevorstehende Verkürzung der Brotration wurde besprochen. Derjenige, der wegen eines Stückchens Brot sich unterfangen sollte, Krakeele anzusetzen, sei ein Landesverräter. Nicht pessimistisch klangen die Ausführungen bezüglich der Erlangung von Raststätten für die Textil- und Lederindustrie und der Art der Bezahlung der ungeheuren Kriegsschulden. Aus all diesen Schwierigkeiten könnten wir aber nur herauskommen, wenn — wir durch die Macht des Schwertes siegen. Geschähe dies nicht, dann, so meinte der Redner, sei dieser Krieg nur ein Glied in der Kette von weiteren Kriegen. Eine Aussprache über das Gehörte wurde nicht beliebt.

Helft unsern Helden siegen!

Zuwelen
Alt Silber
Goldschmuck

uns verkauft, stärken Heimat und Front!

Gold- und Silberantiquitäten, Gr. Mühlstraße 6, I, werktäglich geöffnet von 10 bis 12 1/2 Uhr, sowie bekannte Hilfsstellen, den ganzen Tag geöffnet. 1547

Die Selbsthilfe der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen. Die Kriegsschädigten und entlassenen Heeresangehörigen geben durch ihre große Zahl wie auch durch die Art ihrer gewöhnlich berechtigten Wünsche den Behörden manches schwierige Problem auf. Sie fordern vor allem Maßnahmen aller Art, um sich wieder eine gestörte Existenz schaffen zu können. In vielen Hunderten von Orten entstanden Vereine, welche sich solchen Aufgaben widmen. Sie unterstützen die amtlichen Fürsorgestellen, sie beraten die wirtschaftlichen Organisationen in Fragen, welche zu deren Gebiete gehören, sie vermitteln die vielerlei Wünsche der Kameraden und der Hinterbliebenen in passender Form an die zuständigen Stellen und ergänzen die schon bestehenden allgemeinen Reichsberatungseinrichtungen durch eigene Auskunftsstellen. Die von erfahrenen Kriegsbeschädigten geleitet werden und zur mündlichen und schriftlichen Beratung kostenlos allen Kriegsbeschädigten wie auch den Hinterbliebenen verheirateter Krieger zur Verfügung stehen. Für die Provinz Sachsen und Anhalt haben diese Vereine eine Zentralstelle bei Johann Paß, Magdeburg, Gr. Diebsteiner Straße 215, errichtet, die jede Auskunft erteilt. Diese Zentralstelle steht sowohl Einzelpersonen wie auch Vereinen in Angelegenheiten der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer jederzeit gern zur Rat und Tat zur Verfügung.

Wiss auch die „bessere“ Jugend. Der Direktor des König-Wilhelm-Gymnasiums läßt den Eltern der Schüler folgende Mitteilung zugehen: „Das kgl. Provinzial-Schulkollegium hat erneut darauf aufmerksam gemacht, daß Schüler höherer Lehranstalten sich in bestimmten Stunden auf dem Breiten Weg zwecklos umhertreiben und dabei ein Verhalten an den Tag legen, das in bezug auf Anstand und Sitte nicht immer gutgeheißen werden kann. Die Schule ist verpflichtet, ein solches an sich zu tadelndes, besonders aber mit dem Ernst der Zeit nicht verträgliches Treiben mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu unterbinden. Nachdem die Schüler wiederholt auf Grund der Bekanntmachung des stellvertretenden Kommandierenden Generals vom 15. Februar 1918 und der Verfügungen des kgl. Provinzial-Schulkollegiums vom 18. März 1918 und 18. Dezember 1917 eindringlich ermahnt worden sind, sich von dem erwähnten Treiben fernzuhalten, sehe ich mich veranlaßt, mich an die Eltern unserer Schüler und deren Bekannten mit der dringenden Bitte zu wenden, auch ihrerseits alles zu tun, daß ihre Söhne jedes zwecklose Umhertreiben auf dem Breiten Weg, besonders auch in den Abendstunden, unterlassen. Ich muß aber darauf aufmerksam machen, daß die Schule gendigt ist, Zuwiderhandlungen gegen diese Warnung unnachlässig und streng zu bestrafen.“ — Bisher beklagte man sich immer nur über schlechtes Betragen der Arbeiterjugend, nunmehr scheint die Erkenntnis durchgedrungen, daß auch die Mäße der höheren Schule nicht vor unanständigem Umhertreiben schützt. Wobei noch zu beachten ist, daß die „bessere“ Jugend nicht den ganzen Tag im staubigen, schwärmen Arbeitsaal bei harter Kriessarbeit schaffen muß, sondern eine Arbeit unter Führung von Lehrern verrichtet, die der geistigen und körperlichen Entwicklung dient und offenbar ein anderes Lebensgefühl auslöst als Maschinengetöse und einseitige Handarbeit. Der Drang, eine Stunde auf freier Straße den Zwang des Tages abzuschütteln, kann wohl bei den Schülern nicht so intensiv wirken wie bei jungen Arbeitern; und so Heule werden sie auch noch manche günstige Anregung haben können. Trost allem sind die höheren Schüler und Schülerinnen eben auch — Kriegsjugend.

Altlieder-Lager der Reichswehrstelle. Um die von den Kommunalverbänden aufzubringende eine Million getragener Männeranzüge den Verbrauchern in zweckmäßiger Weise zuzuführen, wird die Reichsbekleidungsstelle in Kürze in einer Anzahl größerer Orte „Reichsweidellager“ einrichten. Diese Lager werden die gesammelten Kleidungsstücke von den Kommunalverbänden kaufen, nach Stoffqualitäten, Größen usw. sachmännlich sortieren und zum Verkauf an Betriebe bereitstellen. Die Reichsbekleidungsstelle will diese Weidellager, wenn möglich, nicht behördlich verwalten, vielmehr dem Weidellagerhändler Gelegenheit zur Beteiligung in der Weise geben, daß der Betrieb von Reichsweidellagern eingeleitet oder mehreren Firmen, Vereinen, Genossenschaften usw., wenn sie gewissen Zulassungsbedingungen entsprechen, übertragen wird.

Sehlerci. Die verheiratete Anna Baganz und die ledige Anna Baganz von hier hatten den schuldigen Matthias Hoor bei sich aufgenommen, der sich mit der Tochter verlobte. Er führte in der Zeit vom Dezember 1917 bis zum März d. J. 45 Einbruchdiebstähle aus. Die erbeuteten Sachen brachte er zum größten Teil mit nach Hause. Als Frau Baganz die Verhaftung des Hoor erfuhr, schaffte sie gemeinschaftlich mit der Tochter eine Anzahl Kartons mit Diebstehende in die Wohnung einer Bekannten zur Aufbewahrung, um sie später mit nach Berlin zu nehmen. Wegen fortgesetzter Sehlerci wurde von der Strafkammer des Landgerichts Frau Baganz zu 1 Jahr 3 Monaten, die Tochter zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt.

Gehten wurden in der Nacht zum 2. d. M. aus einem Schaufenster am Breiten Wege nach Petritummen der Scheibe 6,70 Meter Anguststoff; am 2. nachmittags aus einer Schaufenster am Breiten Wege ein grauer Sommerüberzieher; in der Zeit vom 2. bis 3. aus einer Fabrik in der Gröperstraße ein Doppelstreifen, 17,25 Meter lang und 22 Zentimeter breit; am 3. nachmittags in der Alten Ulrichstraße ein Fahrrad; aus einem Zimmer am Breiten Wege ein dunkelbrauner Mäster, ein blaues Jackett, zwei Westen — eine blaue und eine grünliche — zwei Hosen — eine graue und eine grünliche — sowie Herrenselbstmäße; aus einem Hausflur am Breiten Wege ein Fahrrad „Triumph“.

Verhaftet wurden der Gausdiener Erich Bernede von hier, der am 1. d. M. aus einem Keller im Rabensprung eine Anzahl Flaschen Sognal und Wein gestohlen hat; die Arbeiterin Emma Schmidt aus Barleben, die am 1. d. M. aus einer Wohnung am Hahlsberg, wo sie als Frieda Schmidt aus Dessau 2 Tage wohnte, Kleidungsstücke im Werte von 150 Mark gestohlen hat.

Theater, Konzerte etc.

Besprechungen.

Wilhelm-Theater. Fritz Dub, der ehemalige Heldentor des Stadttheaters, ist mit einer neuen ersten Rolle in der Operette herausgetreten. Er sang die Titelrolle in „Ritter des Mittelalters“. Das er schon als Singsänger garantiert, einen großen Operettenvorwurf, das trat auch hier ein. Sein Beteiligter wurde gebührend belächelt, und der Gast durfte sich in den ersten Reihen, von denen Aida von Paul (Laura) und Hans Schavill (Oskar) in erster Reihe zu nennen sind, für den anhaltenden Beifall verdienen, den das Wilhelm-Theater-Publikum seinen erklärten Lieblingen pflanzlich spendet. Die Aufführung war vom Direktor Robert glänzend bewertet. Am Dreigentenpult amtierte Kapellmeister Prager. S.

Mitteilungen der Direktionen.

Victoria-Theater. Unter dem Ehrenwort der Herren Se. Excellenz Generalmajor Leo Soulag, stellvertretendem Kommandierenden General des 4. Armeekorps, Se. Excellenz a. d. Schenkung, Oberpräsident, Regierungsrat Dr. Karl Nießchen von Witten, Bürgermeister Theodor Schmedel wird am Freitag den 7. d. M. zum Besten der Ludendorff-Gabe eine Veranstaltung im Victoria-Theater stattfinden und zwar nachmittags 4 Uhr bei günstigem Wetter im Garten, sonst im Theater selbst ein Benefizkonzert unter Mitwirkung der Damen Dippner und Jordan und der Herren Geyer und de Haas sowie der Herren Geyer, Prager, Schüler und Kammergänger. Am Abend wird das Lustspiel „Kamillians“ mit der kgl. kgl. Hofkapelle unter der Leitung des Kapellmeisters Prager gegeben. Alles Nähere siehe Anschlag an den Anschlagstaken.

Victoria-Theater. Heute Mittwoch: Der fahrende Schüler im Lande. Darauf: Des heil. Geistes, zum Schluss: Die geliebte Dorothea. — Donnerstag: Alt-Heidelberg.

Wilhelm-Theater. Als Festschöpfung für die Ludendorff-Gabe geht am Dienstag nächster Woche und zwar gleichzeitig zum letzten Male in dieser Spielzeit „Der Singsänger“ in Szene. Die Titelrolle hat für diese Vorstellung in lebenswärtiger Weise Herr Fritz Dub übernommen.

Städtisches Theater. Sonntag: Die Dämonen und Freitag: Die Dämonen. Mittwoch: Die Dämonen. Donnerstag: Die Dämonen.

Neunte (außerordentliche) Generalversammlung des Verbandes der deutschen Buchdrucker.

Hg. Würzburg, 30. Mai 1918.

Die Aussprache über Maßnahmen beim Uebergang von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft werden durch einen Vortrag des stellvertretenden Vorsitzenden Grafmann eingeleitet. Redner bedauert, daß Deutschland mit Kriegsbeginn ein wirtschaftlicher Hindenburg leider nicht erstanden war. Voraussetzungen für einen sanfteren Uebergang in den Friedenszustand nicht gesprochen werden. Der von Theoretikern der politischen Arbeiterbewegung vorausgesetzte Zusammenbruch des kapitalistischen Wirtschaftssystems bei Ausbruch eines Weltkrieges habe Schiffbruch gelitten, denn wenn etwas aus diesem Verhängnis gerettet werden sollte, dann sei es sicher der Kapitalismus. Und heute treibe dieser bereits Maßnahmen, wie die Ausbeutung der Arbeiterklasse nach Kriegsende noch intensiver zu gestalten sei. Nach Beendigung des Krieges werde der Staat sich gezwungen sehen, vorderhand viele während der Krieges getroffene Maßnahmen noch beizubehalten, so die Nationalisierung der Lebensmittel und vieler anderer Verbrauchsgegenstände. Auch die Ein- und Ausfuhr von Rohstoffen würde voraussichtlich staatlich geregelt werden müssen. Später, bei beschleunigter Demobilisierung, würde sich dann insolge des Fehlens vieler Rohstoffe eine Ueberfüllung des Arbeitsmarktes zeigen. Den Gewerkschaften die Sorge für die Unterhaltung der Opfer des Krieges allein zu überlassen, dürfte nicht möglich sein, weshalb das Problem der Arbeitslosenversicherung resp. -unterstützung in irgendeiner Weise gelöst werden muß.

Eine der wichtigsten Aufgaben sei ferner die Lösung des Wohnungsproblems. Für uns Buchdrucker werde die Unterbringung der Gullassen im Beruf eine der ersten der zu ergreifenden Maßnahmen. Dabei werden die Schwierigkeiten, die insolge der zu beobachtenden mangelhaften Ausbildung des Nachwuchses während des Krieges sich zeigen werden, von nicht geringer Bedeutung sein. Deshalb mußte die Gehilfenarbeit schon heute verlangen, daß ihnen ein größerer Einfluß bei der Auswahl sowohl wie bei der Ausbildung der Lehrlinge eingeräumt wurde.

Besüglich der bereinstimmig gegebenen Anregungen auf Annahme der weiblichen Erbschaftsrechte in die Organisation mußte es bei dem abweichenden Standpunkt verbleiben, da andererseits damit die Anerkennung einer Notwendigkeit der Einstellung solcher Erbschaftsrechte der Gehilfen gegeben sei. Jedoch mußte dem gelehrten Arbeiter die Möglichkeit gegeben sein, seine Ärgernisse in dem nächsten Beruf zu finden.

Raffini (Berlin) macht die Versammlung mit dem Bemühen der Reichsregierung im Beruf, sich in einer besonderen Organisation zu vereinigen, bekannt, die sich auch bereits auf andere Berufe auszudehnen im Begriff sei.

Nach kurzer Besprechung macht sich die Versammlung einmütig die vom Vorsitzenden in der ganzen Angelegenheit aufgestellten Beschlüsse zu eigen und beauftragt ihre Bericht, in der demnächst stattfindenden Nationalversammlung diese Fragen als Gegenstand der Erörterung vorzulegen.

Der jüngste Punkt der Tagesordnung leitet der Vorsitzende damit ein, daß er betont, unser Verhältnis zur Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands sei ein vorzügliches, und daß hierin, solange die letztere die Aufgaben einer gesunden Gewerkschaftspolitik erhalte, auch in der Zukunft keine Änderung eintreten dürfte.

Einmütig heißt die Generalversammlung nach kurzer Besprechung die von der Generalkommission berufte Kommission gut und erklärt, daß Mitglieder, an deren Sitz die weiblichen Erbschaftsrechte eines gegenseitigen Standpunktes einnehmen, gebietet ist, den entsprechenden Beschlüssen, vorbehaltlich der Zustimmung des Verbandes, nachzugeben, gebietet ist.

Bei weiterer Rede dieses Punktes: Besprechung unserer Verhältnisse zum Internationalen Buchdrucker-Verband. Der Vorsitzende erklärt, daß der Verband, einem Großmann gemäß an den Beruf des männlichen Verbandes der Schweiz, des Schrotterverbandes der Damer des Verbandes nach einem neutralen Lande zu verlegen, da Deutschland, das ausgiebig einen mörderischen Krieg führe, nicht würdig sei, dieses Kapital zu beherbergen. Einmütig wird jedoch die andere noch angebotene neutralen Länder dem keine Folge gegeben. Die Generalversammlung heißt den Standpunkt des Verbandes gut.

Bei der Stellungnahme zu den Anträgen zum Korrespondenzrat wird dem Antrag einstimmig auf Eintragung des Delegierten für die Mitglieder auf Seiten des Verbandes sowie Aufhebung des Hauptberufes Stiller nicht entsprochen, aber beschlossen, dem Verband entsprechende, dem Internationalen eine solche Stelle einzufügen und den Internationalen für seine Sache zu erklären.

Bevor die Änderungsbeiträge zum Statut und zu den Satzungen behandelt werden, wird die Angelegenheit der Eintragung der Buchdrucker in die Gewerkschaften erörtert. Die Angelegenheit, alle Vorschläge auf Eintragung der Buchdrucker abzulehnen. Sollte jedoch bei der Eintragung von der Regierung eine von den Gewerkschaften keine Befreiung für die Buchdrucker der Reichsregierung gegeben werden.

so ist der Verbandsvorstand berechtigt, die Arbeitslosenunterstützung bis zu 50 Pf. pro Tag zu erhöhen unter gleichzeitiger Erhöhung des Beitrags. Die für den Beruf nicht mehr in Frage kommenden Militärintaliden sind den nichtbezugsberechtigten Invaliden gleichzuachten, das heißt Beiträge werden von ihnen nicht angenommen; das Anrecht ihrer Hinterbliebenen auf Sterbegeld bleibt indes bestehen. Als Beitrag zur Familienunterstützung gewährt die Zentralkasse abermals pro Kopf 3 Mark pro Mitglied des Standes am Ende des 2. Quartals 1914. Den Gauen wird an Stelle der geforderten höheren Rückvergütung eine vorläufig einmalige Zuwendung von 2 Mark pro Kopf des Standes als Beihilfe für ihre Verwaltungskosten aus der Zentralkasse gewährt.

Die Vorschläge werden schließlich en bloc gutgeheißen. Der Verbandsvorstand wird in der bisherigen Höhe belassen. Dem Guttenbergbund gegenüber nimmt die Generalversammlung einmütig den Standpunkt ein, daß unersetzlich feinerlei Annäherungsversuche zu machen Ursache vorliege.

Aus der Parteibewegung.

Die Denkschrift der „Integrierten Sozialistenkonferenz“, die Genosse Branting zusammen mit einem vom 10. März datierten Schreiben von Fuchsman und Sandervelde am 29. April in Stockholm abhandelt, ist dem Parteivorstand am 3. Juni zugestellt worden. Sie bereits in der letzten Sitzung des Parteiaussschusses mitgeteilt wurde, hatte der Parteivorstand vor kurzem den Text von anderer Seite bereits erhalten.

Soziales.

Der Arbeiterlohn im Jahre 1917. Die Zahl der Revisionen gewerblicher Anlagen durch die Gewerbeaufsichtsbeamten im Preußen verminderte sich von 177 452 im Jahre 1913 auf 129 464 im Jahre 1917, also um rund 48 000. Die Zahl der Revisionen in der Nacht verminderte sich von 2903 auf 1020, die der Revisionen an Sonn- und Festtagen von 4958 auf 1660. Die Abnahme ist in erster Linie auf die Verminderung der Arbeitskräfte der Gewerbe-Inspektion zurückzuführen. Stehen doch rund 40 Prozent der Inspektoren im Felde. Bemerkenswert ist, daß sich die Zahl der weberischen Beschäftigten ein und desselben Betriebs stark vermehrt. Die Teilnahme der Gewerbe-Inspektoren an den polizeilichen Unfalluntersuchungen für die Berufsgenossenschaften verminderte sich um rund 8000 auf 22 312. Die Zahl der in Wirklichkeit beschäftigten männlichen erwachsenen Arbeiter verminderte sich von 2 662 152 auf 1 936 202, dagegen vermehrte sich die der weiblichen erwachsenen Personen von 687 734 auf 1 240 563, also um fast $\frac{1}{2}$ Million. Es stieg auch die Zahl der jungen Leute zwischen 14 und 16 Jahren von 280 148 auf 327 904 und die der heftigsten Kinder unter 14 Jahren von 3584 auf 6012. Am bemerkenswertesten ist die Zunahme der ermittelten Zuwanderungen gegen die Schutzbestimmungen für Arbeiterinnen. Die Verstöße gegen die Vorschriften über die Dauer der Beschäftigung (d. h. die Zahl der dabei betroffenen einzelnen Arbeiter) betrug im Jahre 2869 auf 6108, die betreffend die Arbeitszeit von 3733 auf 9292. Es ist kein erfreuliches Bild, das die Statistik vom Arbeiterlohn in der Kriegszeit gewährt. Die vom Ausschuss für Preisfestsetzung aufgestellte und dem Reichstag unterbreitete Forderung nach Entlassung der Gewerbeaufsichtsbeamten aus dem Heeresdienst wird durch diese Lieberpöjler nur gerechtfertigt.

Provinz und Umgegend.

Wahlkreis Bismarck-Halberstadt-Neuhaldensleben.

Barleben, 4. Juni. (Politische Gleichgültigkeit.) Der lange Krieg hat hier eine Gleichgültigkeit auf politischem Gebiet erzeugt, die immer noch überwiegen werden kann. Während früher die Parteien Gemüts bei Tag oder Nacht bereit waren, wenn es galt, für die Erweiterung politischer Rechte einzutreten, ist jetzt das Gegenteil der Fall. Jeder wartet für sich und kümmert sich nicht um den anderen. Für hochwichtige politische Fragen scheint das Verständnis völlig geschwunden zu sein. Ebenso ist das Interesse für unsere Gemeindegemeinschaften auf dem Nullpunkt angekommen. Als vor einiger Zeit der langjährige Vorsitzende des Sozialdemokratischen Vereins als Gemeindevorsteher wiedergewählt werden sollte, erschienen jenseitige und jenseitige Arbeiter, die ihre Stimme abgaben. Die weiteren vier Stimmen, die auf unsere Gewerkschaften fielen, gaben politische Gegner ab. Das sind geradezu bestürzende Tatsachen, die lediglich auf die geringste Tätigkeit von einigen angeblichen Unabhängigen zurückzuführen ist. Man nennt sich unabhängig und kümmert sich nicht, legt aber die Hände in den Schoß und tut gar nichts. Es wird wirklich Zeit, daß die Arbeiter Arbeiter sind und wieder das bessere Verständnis der Dinge durchbringen und wieder das werden, was sie werden sollten: Pläne für die Arbeiterbewegung.

Barleben, 4. Juni. (In der Gemeindevertretersitzung.) wurde beschlossen, am Breiten Weg die Kanalröhre vom Gewerkschaftshaus bis zum Grundstück des Bäckers Kesterer auszuwechseln und durch weitere zu ersetzen. Der Gutbesitzer Otto Holte wurde zum Schiedsmann und als Stellvertreter der Gutbesitzer Rudolf Weiche auf 3 Jahre wiedergewählt. Gegen die Stadt Magdeburg soll der Klagenweg beschritten werden wegen Heranziehung zu den Schulden. Es wurde dann der ortsübliche Tagelohn für männliche Personen über 21 Jahre von 2,50 Mark auf 3,50 Mark, von 16 bis 21 Jahre von 2 Mark auf 2,50 Mark, unter 16 Jahren von 1,50 Mark auf 2 Mark erhöht. Für weibliche Personen über 21 Jahre wurde der Lohn von 1,40 Mark auf 2 Mark, von 16 bis 21 Jahre von 1,30 Mark auf 2 Mark, unter 16 Jahren von 1 Mark auf 1,50 Mark erhöht. Zum Gemeindevorsteher wurde der Gutbesitzer Theodor Bachau wiedergewählt; zum 1. Schöffen der Gutbesitzer Gustav Dannehl. Alsdann wurde noch die Errichtung eines Ehrenfriedhofs für gefallene Krieger besprochen, jedoch noch kein weiterer Beschluß gefaßt.

Wahlkreis Wanzleben.

Langenweddingen, 3. Juni. (Gemeindevertretersitzung.) Am Freitag tagte eine öffentliche Gemeindevertretersitzung im Rathaus. Auf der Tagesordnung stand: Einführung der neu wiedergewählten Gemeindevorsteher. Dann erfolgte der Bericht über die Gemeindefinanz. Zahlen wurden dem Berichterstatter vorgelesen. Zur Kundendienstpende einen Beitrag aus der Gemeindefinanz zu entnehmen, wurde abgelehnt und freiwillige Sammlung durch Listen beschlossen. Die Anstellung eines Feldschützen wurde der Versammlung dem Gemeindevorstand zu überlassen. Ueber die Instandsetzung des Trentlinger Fußwegs hatte Gemeindevorsteher Jacobs das Referat. Er wies nach, wie notwendig der Weg der Ausbesserung bedarf. Jacobs stellte den Antrag, den Weg bis 1. Oktober instand zu setzen. Das wurde abgelehnt aber versprochen, die Arbeit nach Möglichkeit zu fördern, wenn Arbeitskräfte vorhanden sind. In der Kohlenfrage hat der Gemeindevorsteher zwei Herren beauftragt, Schritte zu unternehmen. Dieses ist auch schon geschehen. Die Verhandlung mit Grafen Bismarck in Wölpe ist abgeschlossen, so daß die Lieferungen am 16. Juni beginnen.

Wahlkreis Zerichow 1 und 2.

Burg, 4. Juni. (Unvorsichtiges Umgehen) mit der Schußwaffe hat wieder einen jungen Mann das Leben gekostet. Der 17jährige Fr. Schiedlering von hier wollte eine Pistole reinigen, die noch geladen aber nicht geladert war. Plopp! ging der Schuß los und dem Unglücklichen in die Stirn, so daß der Tod, trotz sofortiger ärztlicher Hilfe, bald eintrat.

(Lebensmittelverkauf.) Auf Bezugsabschnitt Nr. 4 des Lebensmittelkartenfestes entfallen 100 Gramm Grieß. Preis für 1 Pfund 32 Pfennig. Die Bezugsabschnitte Nr. 4 sind bei den bisher besonders schilf gekennzeichneten städtischen Nahrungsmitteleinzelhandlungen gegen Rückgabe der Quittungen bis Mittwoch den 5. Juni abzuholen. Die Ware wird von Freitag den 7. Juni an gegen Abgabe der Quittungen in den betreffenden Verkaufsstellen zur Verfügung stehen.

Wahlkreis Oschersleben-Halberstadt-Wernigerode.

Halberstadt, 4. Juni. (Aufgelöste Versammlung.) Die Abhaltung der öffentlichen Versammlung, die am Montag im „Eisium“ stattfinden sollte und zu der die politische Genehmigung bereits erteilt war, ist, wie von uns schon mitgeteilt wurde, auf Anordnung des Generalkommandos verboten worden. Es war nur die Genehmigung zur Abhaltung einer Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins erteilt. Als solche sollte die Versammlung auch stattfinden. Es hatten sich etwa 1500 Männer und Frauen eingefunden, um die Ausführungen des Reichstagsabgeordneten Silbermann zu anhören. In der Zahl der von den Mitgliedern eingeführten Gäste nahm der überwachende Polizeikommissar Anstoß. Als die Versammlung vom Genossen Decker eröffnet worden war, erklärte sie der Polizeikommissar für aufgelöst.

Daß über diese Maßnahme die Versammlungsteilnehmer erzürnt waren und das durch lebhaftes Zurufe zu erkennen geben, ist durchaus begründet. Die Aufforderung des Vorsitzenden, ruhig den Saal zu verlassen und sich vor unbedenklichen Schritten zu hüten, wurde jedoch trotz der starken Erregung beherzigt. In Halberstadt würde sicher, so wenig wie am Samstag in Wernigerode, kein Stein von seiner Stelle gerückt worden sein, wenn man die Versammlung hätte ruhig stattfinden lassen. Mehr Verständnis für das, was in dieser schweren Zeit nötig ist, würde auch in Halberstadt angebracht sein. Die Wirkung der Auflösung der Versammlung zeigte sich allerdings darin, daß sofort eine Anzahl Versammlungsteilnehmer ihren Beitritt zum Sozialdemokratischen Verein vollzogen. Das war die richtige Antwort, die in den nächsten Tagen noch von Hunderten gegeben werden muß. Die Zahl der Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins so zu steigern, daß sie allein den Saal im „Eisium“ füllen, ist das Ziel, um dem jetzt alle mitwirken müssen. Der in der Sozialdemokratischen Partei die berufene Vertreterin seiner Interessen erklärt hat auch die Pflicht, dem Sozialdemokratischen Verein beizutreten. Er hat dann auch das unbedeutende Recht, an den Mitgliederversammlungen des Vereins teilzunehmen.

Halberstadt, 4. Juni. (Im Monat Mai) sind folgende Gegenstände als gefunden gemeldet: ein Klemmer, ein Lederhals, ein Messer, fünf Geldstücke, eine Perle, ein Uhrgehänge, zwei Zigaretten, zwei Damenstiche, ein Feltstegen, ein Trauring, zwei

Das verlassene Dorf.

Komm aus dem Dreijährigen Kriege von Friedrich Schiller. (15. Fortsetzung.)

Der arme Mann schreut hat selbst die fortwährende Mangelhaftigkeit des Lebens in den Gassen. Man betete die Gassen auf ein Gleiches und hatte sie mit den entsetzlichen Mordanschlägen zu. Der Vater und die Mutter wußten nicht, was sie mit dem Leben zu tun hatten, nicht einmal das Haus hatten sie noch den bescheidenen Bescheidenheiten verlassen. Sie waren verbannt, gänzlich, bis der jährliche Lohn wieder aus ihren Händen entwichen und jede Gefahr der Verurteilung bedrohlich war.

Der arme Mann, warum wußten sie nicht, warum nicht. Von dem Bescheidenen waren sie nun befreit, aber ein neuer, noch schlimmerer Feind wurde ihnen gegenüber gesetzt. Der arme Mann, der in den ersten Augenblicken der Verurteilung die erste Frau, und nach ein jähem Tage erkrankte. Auch sie gab sie nach wenigen Tagen der jählichen Schwere ihren Fuß. Der Vater und Mutter wußten nicht, was sie mit dem Leben zu tun hatten, nicht einmal das Haus hatten sie noch den bescheidenen Bescheidenheiten verlassen. Sie waren verbannt, gänzlich, bis der jährliche Lohn wieder aus ihren Händen entwichen und jede Gefahr der Verurteilung bedrohlich war.

Der arme Mann, warum wußten sie nicht, warum nicht. Von dem Bescheidenen waren sie nun befreit, aber ein neuer, noch schlimmerer Feind wurde ihnen gegenüber gesetzt. Der arme Mann, der in den ersten Augenblicken der Verurteilung die erste Frau, und nach ein jähem Tage erkrankte. Auch sie gab sie nach wenigen Tagen der jählichen Schwere ihren Fuß. Der Vater und Mutter wußten nicht, was sie mit dem Leben zu tun hatten, nicht einmal das Haus hatten sie noch den bescheidenen Bescheidenheiten verlassen. Sie waren verbannt, gänzlich, bis der jährliche Lohn wieder aus ihren Händen entwichen und jede Gefahr der Verurteilung bedrohlich war.

wölkchen in der Gegend erschienen, stellte er das Versteck für Margarete her, um wenigstens sein letztes, teures Kleinod vor der Rute des Krieges und der Soldateska zu retten.

3. Kapitel.

In all dies dachte die arme Margarete, als sie an jenen verhängnisvollen Morgen in ihrem Versteck hockte. Was — was für ein jählicher Aufenthalt! Wirklich ein Grab! Aber konnte sie auch Rettung und Behaglichkeit zugleich verlangen? Sie mußte das Stroh auf dem Boden des Versteckes zusammen, um sich einen weichen Sitz zu schaffen, und machte dem Feinde eine Handvoll des reichlichen Stroh aufzunehmen, doch das Tierchen wollte nicht passen in der Kammer und lag wie bekannt auf ihrem Schoß.

Wirklich war es ein Unrecht gewesen, es einzusperrten? Aber gleich es nicht ebenfalls zur Erhaltung seines Lebens? Und ihr selber dachte die Gefangenenschaft minder schmerzhaft in Gesellschaft des Tieres — es war doch etwas Schöneres, das sie umgeben hielt. Sie mußte sich nicht so allein, so verlassen, so beängstigt!

Und wenn ein Unglück sich ereignete — besser hier erliegen, als in die Hände derer fallen! Schamend dachte sie an eine junge Maid im Jähwahn, von der erzählt worden, sie hätte sich aus Furcht vor den Soldaten in einem leeren Saal verbergt, und er war ihr wirklich zum Saal geworden; denn als man dem Saal ansah, war sie tot! Margarete konnte unglücklich noch der kleinen Hoffnung, durch welche die Unschuld herrschend. Gott sei gedankt, dachte sie, daß die Mutter vor offen. Sie mußte es ja überdies an dem einzigen Hande, der durch sie von dem jählichen Feinde! Die Mutter dachte ihr auch als Spätschmerz, der jede Schuldigkeit über ihr hätte gewiß alle

Löne gedämpft, aber durch die Deffnung drangen wenigstens die nähern und lautern Geräusche an ihre gespannt laufenden Ohren.

Denn sie hatte in der Lat in unerhörter Spannung der Vorgänge auf der Oberfläche. Und was sie hörte, war nicht geeignet, sie ruhig zu stimmen. Garten und Hof erzitterten unter dem Getrappel der Pferde und Soldaten; rauher Stimmen Fluchen und Schreien, Gefreiß von Weibern und Kindern mischte sich zu einem unartikulierten Gejöh. Das ganze Bestium schien von Menschen zu wimmeln. Der arme, arme Vater! Er ganz allein hatte all diesem Drängen und Bestürmen standhalten! Bitterlich floßen ihre Tränen in die Nacht ihres Kerkers, zu heißem Gebet preßten ihre Hände sich ineinander.

„O Gott, Gott, warum läßt du so Großes geschehen!“ schreute sie leise, aber reuevoll wies ihr frommes Herz sofort die aufsteigenden Zweifel an der Gerechtigkeit und Güte der Vorsehung zurück. So veranlagte Zeit — Stunden mußten es sein nach ihrem Empfinden, doch war sie sich selber nicht klar, über die Nichtigkeit ihres Gefühls; denn ihr wurden diese Minuten zu Stunden. Einmal fing ihr Herz in jähem Entsetzen zu klopfen an. Schallerdes Hundegebell unterbrach jäh die Stille, dem ein Zusammenlauf laut brüllender, jöhender Menschen folgte. Allerdings unterjähed sie kaum einzelne Worte, zu viele Stimmen mischten sich ineinander, auch war der Schallplatz des Auftritts wohl zu weit von ihr entfernt. Nur das Wort „Loch“ drang ein- oder zweimal deutlich zu ihr, und es klang fremdartig und hößlich durch die enge Tür.

Gahe die wilde Schaar die Deffnung entdeckt und den Zweck derselben erraten?

(Fortsetzung folgt.)

sehr eingestell, so die Ainen Benja-Musajewa-Ufa-Schibajew-Dmit. Die letzteren leisteten kräftigen Widerstand und haben in mehreren Kämpfen die Oberhand über die Regierungstruppen gewonnen.

Lehrmeister der Demokratie.

Aus erziehlischen Gründen haben sich, wie „Abanti“ in einem zur Hälfte zusammengestrichenen Artikel sagt, die amerikanischen Gewerkschaftsführer nach Europa begeben, um, wie es ihr Diktator Wilson jederzeit so gern tun, Aufklärung darüber zu verbreiten, was Demokratie ist.

„Sie haben sich“, spöttelte „Abanti“, „auf ihrer Entdeckungstour Europas außer einem angefordigten jedoch verschobenen Besuch in Italien nichts versagt, von einer Frontreise bis zu einer zahllosen Reihe von Banketten — sie müssen eine gesunde Verdauung haben, diese Arbeiter! — Das sind noch Arbeiter, mit denen man sich einverstanden erklären kann, tiefen begeistert alle „Temps“ und „Corrieres“ der Alten Welt. Über der „American Federationist“ (das Zentralorgan der amerikanischen Gewerkschaften) spricht eine minder höfliche Sprache, als die Delegierten des amerikanischen Gewerkschaftsbundes sie in Europa reden. Hier handelt es sich anscheinend um zwei verschiedene Gewerkschaftertum, eins für den Gebrauch im Inland, das andre für den Gebrauch im Ausland. Die Märznummer des „Federationist“ ist zum großen Teil einer typischen Episode aus dem Klagenkampf — pardon, die Klagen sind ja jetzt alle eins — dem Kampfe zwischen Kapital und Arbeit und zwischen organisierter Arbeit und Staatsgewalt gewidmet. Schade, daß uns davon die amerikanischen Missionare nichts erzählt haben, nicht einmal der „Arbeiter“-Delegierte George Berry, von Beruf fünffacher Missionär. Unter dem Titel „Ein Faustschlag ins Gesicht der Gewerkschaften“ und mit ausführlichem Kommentar von Comperz erzählt das Organ des Gewerkschaftsbundes folgende Episode:

1907 führte die Hitchman-Company, Besitzerin eines Bergwerks in Virginia, einen Arbeitskontrakt ein, der, während er dem Bergmann weder Dauer des Vertrags noch Lohnbedingungen garantierte, ihm verbot, einer Berufsorganisation anzugehören. Als der Bergarbeiterverband versuchte, die Arbeiter zu organisieren, um auch für sie die schon in anderen Bergwerken durchgeführten Lohnverbesserungen zu erringen, wandte sich die Gesellschaft an das lokale Gericht, das tatsächlich dahin entschied, daß es jedermann verboten sei, an die Bergarbeiter der Firma Hitchman heranzutreten zum Zweck, eine Organisation zu gründen „ohne Erlaubnis der Firma“. Das Gericht erklärte Ziele und Mittel der Organisation für ungesetzlich, trotzdem es anerkannte, daß ihre Organisatoren durchaus friedliche Mittel angewandt hatten.

Der Bergarbeiterverband legte Berufung ein und erreichte, daß der mittelalterliche Rechtspruch kassiert wurde. Die Gesellschaft wandte sich aber an den höchsten Gerichtshof, damit gleichzeitig erreichend, daß unterdes der ursprüngliche Entscheid bis zum Entscheid des höchsten Gerichtshofes in Wirksamkeit blieb.

In diesen Tagen nun hat derselbe sein Urteil dahin abgegeben, daß das Appellationsgericht im Unrecht sei und das erste Urteil zu Recht bestehe: daß ohne Einwilligung des Unternehmers die Arbeiter sich nicht organisieren dürfen. Große Erregung im amerikanischen Gewerkschaftsbund! Das Comperz'sche Organ schimpft über den „Kaiserismus der Richter“ und konstatiert, daß das Urteil die amerikanischen Arbeiter auf den Rechtszustand von vor 50 Jahren zurückbringt.

In einem Artikel der gleichen Nummer des „American Federationist“ zählt Comperz all die in letzter Zeit von den amerikanischen Kapitalisten unternommenen Vorkehrungen zur Bekämpfung der Gewerkschaften auf. Unter andern folgendes: Die Industriellen haben eine Organisation mit einem Fonds von 40 Millionen zur Bekämpfung der Arbeiterorganisationen gegründet.

Von hier an freicht die italienische Benjur die Ausführungen des „Abanti“, so daß man von den weiteren Kampfmaßnahmen der Kapitalisten nichts erfährt. Aber schon das Angeführte beweist wieder einmal, mit welchem Rechte sich die amerikanischen Gewerkschaftsführer zu Lehrmeistern der deutschen Arbeiterchaft aufwerfen.

Der Hamster als Revisor.

Herr Richter, Rittergutsbesitzer auf Nieder-Görbigsdorf bei Görlitz, Mitglied der Gemeindevertretung und des Schulvorstandes,

des, wurde bei den bisher mehrfach vorgenommenen behördlichen Revisionen nach zurückgehaltene Lebensmittelein mit Erfolg um seine Mithilfe und Mitwirkung angegangen.

Jetzt wurde bei einem Görlitzer Vorkosthändler ein Hamsternetz entdeckt, das beträchtliche Mengen an Mehl, Schrot und Getreide in sich barg. Es blieb nun nicht bei der Entdeckung dieses Hamsternetzes, sondern es wurde auch der gefunden, dem der Görlitzer Hamster seinen wertvollen Warenbestand verdankte: und siehe, es war der Herr Rittergutsbesitzer von Nieder-Görbigsdorf. Die betrübliche Erkenntnis, in diesem Fall einen Bod zum Gärtner bestellt zu haben, veranlaßte die Kreisbehörde, sich auch in der Verwandtschaft des Herrn Rittergutsbesitzers umzusehen. Schon ein Besuch bei seinem Schwiegervater, der Gemeindevorsteher und — versteht sich! — Grundbesitzer in Groß-Biesnitz bei Görlitz ist, wurde eine gut besetzte Schrotmühle entdeckt. Sie war augenscheinlich zu dem Zwecke verwandt worden, Getreide zu schrotten, das der Rittergutsbesitzer und Revisor verschleppt hatte. Die in Görlitz beschlagnahmten Vorräte an Mehl, Roggen, Hafer und geschrötetem Getreide waren so groß, daß es dreier Führer bedurfte, um sie fortzuschaffen.

Notizen.

29 000 Tonnen versenkt. Amtlich wird berichtet: Eins unter Unterseebooten unter der Führung des Kapitänlieutenants Werner hat im westlichen Teile des Nereckkanals und an der Küste Westenglands fünf Dampfer mit über 29 000 Bruttoregistertonnen vernichtet. Von den versenkten Schiffen wurden namentlich festgestellt: der bewaffnete englische Transporter „Denbigh Hall“ (4943 Bruttoregistertonnen), der aus stark gesichertem Geleitzug herausgeschossen wurde, und das französische bewaffnete Motoranfahrschiff „Motricine“ (4017 Bruttoregistertonnen), dessen Kapitän gefangen eingebracht wurde. Bei der Versenkung eines mindestens 7500 Bruttoregistertonnen großen, bewaffneten eisernen Frachtdampfers aus stark gesichertem Geleitzug wurde infolge der entzündeten Zerstörung ein weiterer, etwa 6000 Bruttoregistertonnen großer Dampfer durch Zusammenstoß mit einem andern Dampfer zum Sinken gebracht.

Kampfs Nachfolger. Das Rätekraten um die Reichstagspräsidentenschaft geht in bürgerlichen Blättern munter weiter. Die Bestrebungen der sozialdemokratischen Fraktion werden darauf gerichtet sein müssen, einem Manne nach ihrem Sinne zu der Funktion des Präsidenten zu verhelfen. Das würde natürlich in erster Linie ein Sozialdemokrat sein. Bei der Entscheidung über diese Fragen sprechen natürlich Möglichkeits- und Opportunitätsfragen mit. Was in den oben erwähnten Erörterungen über Mutmaßungen hinausgeht, sind leere Behauptungen und Kombinationen. Das gilt ganz besonders von der Mitteilung der „Kölnischen Volkszeitung“, daß das Zentrum den Reichstagspräsidenten stellen und daß man den Sozialdemokraten (gewissermaßen als Entschädigung!) den Vorkitz im Hauptauschuß überlassen werde. Selbst die „Kölnische Volkszeitung“ ist so vorsichtig, ihre Behauptung in die Form zu kleiden, „in parlamentarischen Kreisen sei man der Ansicht“, daß es so komme. Vorläufig scheint die Redaktion des genannten Blattes dieser Ansicht allein zu sein. — Ueber die Neuwahl in Kampfs Wahlkreis berichtet die fortschrittliche Presse, die fortschrittliche Volkspartei habe in den letzten Tagen mit einer Reihe führender Persönlichkeiten des politischen und wirtschaftlichen Lebens wegen der Kandidatur Fühlung genommen. In der Absicht, wieder einen hervorragenden Vertreter der Berliner Kaufmannschaft in den Reichstag zu entsenden, sei die Partei neuerdings an Dr. James Simon herangetreten. Die endgültige Entscheidung werde aber wohl erst im Laufe der nächsten Wochen erfolgen.

Georg Plechanow tot. Der bekannte russische Sozialistenführer Georg Plechanow ist am Donnerstag in einem jüdischen Sanatorium seinem langjährigen Leiden erlegen. Plechanow, der ein Alter von 61 Jahren erreicht hat, galt als der theoretische Begründer der russischen Sozialdemokratie. Viele seiner Schriften sind ins Deutsche übertragen und

zahlreich sind die Artikel, die in der „Neuen Zeit“ aus seiner Feder veröffentlicht wurden.

Georg Plechanow, im Jahre 1857 geboren, entstammte einer Adelsfamilie und war bis zu seinem 25. Jahre Offizier. Dann besuchte er das Bergbau-Institut in Petersburg, und hier schloß er sich schon als Student der revolutionären Organisation an. Als 1879 die Revolutionspartei sich in verschiedene Gruppen teilte, wurde er der Gründer und Führer einer der größten, die sich hauptsächlich mit der Agrarfrage beschäftigte. 1880 mußte er nach Paris flüchten. Seine dortige rege Arbeit im Dienste des sozialdemokratischen Gedankens führte ihn ganz auf die Bahn des Marxismus. Sein Einfluß auf die sozialistische Entwicklung in Rußland selbst steigerte sich bald zu erheblicher Bedeutung. Als er 1895 auf Betreiben der russischen Regierung aus Frankreich ausgewiesen wurde, setzte er in Genf seine Tätigkeit in demselben Umfange fort.

Die neuen Kulturträger. Reuter meldet aus Moskau: Der Präsident der bolschewistischen Kommission der Republik Don wurde von Kosaken, die sowjetfeindlich gestimmt sind, aufgehängt. Er war der Hauptorganisator der Kaledin feindlichen Kosaken. — Die deutsche bürgerliche Presse ist voll von Redensarten über „bolschewistische Greuel“. Sie sehnt die Herrschaft der Kosaken herbei, um den sozialistischen Schrecken loszuwerden. Die Kosaken helfen ihr dabei. Sie hängen die Gegner einfach auf.

Rußland und Finnland. Tschißcherin stellte dem Grafen Mirbach folgende Note zu: Die russische Regierung vereinigt sich mit der deutschen Regierung in dem Wunsche eines baldigen vollständigen Uebereinkommens mit der finnischen Regierung und nimmt für die Ordnung der Beziehungen mit der gegenwärtigen finnischen Regierung jene Basis an, die durch den Grafen Mirbach von der deutschen Regierung dem russischen Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten vorgeschlagen wurde und die seitens Finnlands die Abtretung der Festung Ino und des Grenzortes Raivola an die russische Republik enthält. Die russische Republik verzichtet dafür auf die Befestigung dieser Ortschaften und tritt an Finnland den westlichen Kurmantel mit dem Zutritt zum Meere ab. Tschißcherin ist überzeugt, daß auf diese Weise ein bedeutender Fortschritt gemacht wird, bewaffnete Konflikte und Blutvergießen zu verhindern.

Der Gegenstoß gescheitert.

W. T. B. Großes Hauptquartier, 4. Juni 1918. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz. Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Artilleriekampf wechselt Stärke. Nege Erkundungstätigkeit des Feindes und stärkere Vorköße an verschiedenen Stellen der Front. Südwestlich von Morris hat sich der Feind in kleineren Grabenslücken festgesetzt.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz. Nördlich der Aisne: entzissen wir dem Feind in hartem Kampf einige Gräben. Der zähe Widerstand des auf den Höhen westlich und südwestlich von Soissons sich anklammernden Feindes wurde gestern gebrochen. Die Höhen von Saugrain und westlich von Chaudun wurden genommen. Nach Erringung von Fernan und Wiffy-aug-Bois warfen wir den Feind auf die Linie Le Soulier-Dommiers zurück. Mehrere Batterien wurden erobert, einige tausend Gefangene eingebracht.

Französische Gegenangriffe beiderseits des Durcq-Flusses scheiterten unter schweren Verlusten. Nordwestlich von Château-Thierry haben wir im Kampfe die Bahn Sulfères-Sourefches überschritten und feindliche Gegenangriffe abgewiesen.

An der Marne, zwischen Marne und Reims ist die Lage unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

la. Grudekoks
1527 empfiehlt
Brikett-Zentrale
G. m. b. H.
Ausgabestelle:
Elbbahnhof, Fürstenufer 24.
Kontor:
Neue Theaterstr. 2 — Fernspr. 607.



Handleiter- und Kastenwagen
in allen Größen. 1493 Versand nach auswärts.
Haus, Johannsberg 15 a.

Künstliche Limonaden pro Liter 1.75
mit Himbeer-Aroma
„Spezialität“ Eislimenta pro Liter 2.00
mit Apfelsinen-Aroma 1161
G. Haferkorn Nachfl., Dreienhnelstraße 12a

Rechtsbureau Referendar a. D.
Lebegott, Große Mühlstraße 5, Ainstreit und alle schriftlichen Arbeiten in Rechts- und Steuerachen.
Sprechzeit: 9-1, 3-5 Uhr.

Kauf Pfandscheine
Kleine Möbelfabren
alle Art für Einpännerjahrewerte überlassen bis 1834
Blau Radler, Schneidk. S.
Telefon 5250 und 5475.
Sanit
112 höchst Preisen
Ochsenböden, Streitenweg 116, Berlin 364 579, Dammstr. 11, Telefon 5250 und 5475.

Damenbus
Ich empfehle als ganz besond. preiswert Garzierer
Damen-, Kinder- und Strickerhüte
in reicher, geschmackv. Auswähl.
Gebirn, Reiber, Blumen u. Bänder
zu soliden Preisen. 1468
Jaserbeitung von Hüten
übernehmen bereitwillig.
H. Sternau
Alter Markt 32/33.

Jeder darf radfahren mit meinem erdennungsreichen Orig. Spritzenfederreif.
7.75, Holzreifen 6.25, 12.50, 17.50, 21.00, 24.50, 28.00, 31.50, 35.00, 38.50, 42.00, 45.50, 49.00, 52.50, 56.00, 59.50, 63.00, 66.50, 70.00, 73.50, 77.00, 80.50, 84.00, 87.50, 91.00, 94.50, 98.00, 101.50, 105.00, 108.50, 112.00, 115.50, 119.00, 122.50, 126.00, 129.50, 133.00, 136.50, 140.00, 143.50, 147.00, 150.50, 154.00, 157.50, 161.00, 164.50, 168.00, 171.50, 175.00, 178.50, 182.00, 185.50, 189.00, 192.50, 196.00, 199.50, 203.00, 206.50, 210.00, 213.50, 217.00, 220.50, 224.00, 227.50, 231.00, 234.50, 238.00, 241.50, 245.00, 248.50, 252.00, 255.50, 259.00, 262.50, 266.00, 269.50, 273.00, 276.50, 280.00, 283.50, 287.00, 290.50, 294.00, 297.50, 301.00, 304.50, 308.00, 311.50, 315.00, 318.50, 322.00, 325.50, 329.00, 332.50, 336.00, 339.50, 343.00, 346.50, 350.00, 353.50, 357.00, 360.50, 364.00, 367.50, 371.00, 374.50, 378.00, 381.50, 385.00, 388.50, 392.00, 395.50, 399.00, 402.50, 406.00, 409.50, 413.00, 416.50, 420.00, 423.50, 427.00, 430.50, 434.00, 437.50, 441.00, 444.50, 448.00, 451.50, 455.00, 458.50, 462.00, 465.50, 469.00, 472.50, 476.00, 479.50, 483.00, 486.50, 490.00, 493.50, 497.00, 500.50, 504.00, 507.50, 511.00, 514.50, 518.00, 521.50, 525.00, 528.50, 532.00, 535.50, 539.00, 542.50, 546.00, 549.50, 553.00, 556.50, 560.00, 563.50, 567.00, 570.50, 574.00, 577.50, 581.00, 584.50, 588.00, 591.50, 595.00, 598.50, 602.00, 605.50, 609.00, 612.50, 616.00, 619.50, 623.00, 626.50, 630.00, 633.50, 637.00, 640.50, 644.00, 647.50, 651.00, 654.50, 658.00, 661.50, 665.00, 668.50, 672.00, 675.50, 679.00, 682.50, 686.00, 689.50, 693.00, 696.50, 700.00, 703.50, 707.00, 710.50, 714.00, 717.50, 721.00, 724.50, 728.00, 731.50, 735.00, 738.50, 742.00, 745.50, 749.00, 752.50, 756.00, 759.50, 763.00, 766.50, 770.00, 773.50, 777.00, 780.50, 784.00, 787.50, 791.00, 794.50, 798.00, 801.50, 805.00, 808.50, 812.00, 815.50, 819.00, 822.50, 826.00, 829.50, 833.00, 836.50, 840.00, 843.50, 847.00, 850.50, 854.00, 857.50, 861.00, 864.50, 868.00, 871.50, 875.00, 878.50, 882.00, 885.50, 889.00, 892.50, 896.00, 899.50, 903.00, 906.50, 910.00, 913.50, 917.00, 920.50, 924.00, 927.50, 931.00, 934.50, 938.00, 941.50, 945.00, 948.50, 952.00, 955.50, 959.00, 962.50, 966.00, 969.50, 973.00, 976.50, 980.00, 983.50, 987.00, 990.50, 994.00, 997.50, 1001.00, 1004.50, 1008.00, 1011.50, 1015.00, 1018.50, 1022.00, 1025.50, 1029.00, 1032.50, 1036.00, 1039.50, 1043.00, 1046.50, 1050.00, 1053.50, 1057.00, 1060.50, 1064.00, 1067.50, 1071.00, 1074.50, 1078.00, 1081.50, 1085.00, 1088.50, 1092.00, 1095.50, 1099.00, 1102.50, 1106.00, 1109.50, 1113.00, 1116.50, 1120.00, 1123.50, 1127.00, 1130.50, 1134.00, 1137.50, 1141.00, 1144.50, 1148.00, 1151.50, 1155.00, 1158.50, 1162.00, 1165.50, 1169.00, 1172.50, 1176.00, 1179.50, 1183.00, 1186.50, 1190.00, 1193.50, 1197.00, 1200.50, 1204.00, 1207.50, 1211.00, 1214.50, 1218.00, 1221.50, 1225.00, 1228.50, 1232.00, 1235.50, 1239.00, 1242.50, 1246.00, 1249.50, 1253.00, 1256.50, 1260.00, 1263.50, 1267.00, 1270.50, 1274.00, 1277.50, 1281.00, 1284.50, 1288.00, 1291.50, 1295.00, 1298.50, 1302.00, 1305.50, 1309.00, 1312.50, 1316.00, 1319.50, 1323.00, 1326.50, 1330.00, 1333.50, 1337.00, 1340.50, 1344.00, 1347.50, 1351.00, 1354.50, 1358.00, 1361.50, 1365.00, 1368.50, 1372.00, 1375.50, 1379.00, 1382.50, 1386.00, 1389.50, 1393.00, 1396.50, 1400.00, 1403.50, 1407.00, 1410.50, 1414.00, 1417.50, 1421.00, 1424.50, 1428.00, 1431.50, 1435.00, 1438.50, 1442.00, 1445.50, 1449.00, 1452.50, 1456.00, 1459.50, 1463.00, 1466.50, 1470.00, 1473.50, 1477.00, 1480.50, 1484.00, 1487.50, 1491.00, 1494.50, 1498.00, 1501.50, 1505.00, 1508.50, 1512.00, 1515.50, 1519.00, 1522.50, 1526.00, 1529.50, 1533.00, 1536.50, 1540.00, 1543.50, 1547.00, 1550.50, 1554.00, 1557.50, 1561.00, 1564.50, 1568.00, 1571.50, 1575.00, 1578.50, 1582.00, 1585.50, 1589.00, 1592.50, 1596.00, 1599.50, 1603.00, 1606.50, 1610.00, 1613.50, 1617.00, 1620.50, 1624.00, 1627.50, 1631.00, 1634.50, 1638.00, 1641.50, 1645.00, 1648.50, 1652.00, 1655.50, 1659.00, 1662.50, 1666.00, 1669.50, 1673.00, 1676.50, 1680.00, 1683.50, 1687.00, 1690.50, 1694.00, 1697.50, 1701.00, 1704.50, 1708.00, 1711.50, 1715.00, 1718.50, 1722.00, 1725.50, 1729.00, 1732.50, 1736.00, 1739.50, 1743.00, 1746.50, 1750.00, 1753.50, 1757.00, 1760.50, 1764.00, 1767.50, 1771.00, 1774.50, 1778.00, 1781.50, 1785.00, 1788.50, 1792.00, 1795.50, 1799.00, 1802.50, 1806.00, 1809.50, 1813.00, 1816.50, 1820.00, 1823.50, 1827.00, 1830.50, 1834.00, 1837.50, 1841.00, 1844.50, 1848.00, 1851.50, 1855.00, 1858.50, 1862.00, 1865.50, 1869.00, 1872.50, 1876.00, 1879.50, 1883.00, 1886.50, 1890.00, 1893.50, 1897.00, 1900.50, 1904.00, 1907.50, 1911.00, 1914.50, 1918.00, 1921.50, 1925.00, 1928.50, 1932.00, 1935.50, 1939.00, 1942.50, 1946.00, 1949.50, 1953.00, 1956.50, 1960.00, 1963.50, 1967.00, 1970.50, 1974.00, 1977.50, 1981.00, 1984.50, 1988.00, 1991.50, 1995.00, 1998.50, 2002.00, 2005.50, 2009.00, 2012.50, 2016.00, 2019.50, 2023.00, 2026.50, 2030.00, 2033.50, 2037.00, 2040.50, 2044.00, 2047.50, 2051.00, 2054.50, 2058.00, 2061.50, 2065.00, 2068.50, 2072.00, 2075.50, 2079.00, 2082.50, 2086.00, 2089.50, 2093.00, 2096.50, 2100.00, 2103.50, 2107.00, 2110.50, 2114.00, 2117.50, 2121.00, 2124.50, 2128.00, 2131.50, 2135.00, 2138.50, 2142.00, 2145.50, 2149.00, 2152.50, 2156.00, 2159.50, 2163.00, 2166.50, 2170.00, 2173.50, 2177.00, 2180.50, 2184.00, 2187.50, 2191.00, 2194.50, 2198.00, 2201.50, 2205.00, 2208.50, 2212.00, 2215.50, 2219.00, 2222.50, 2226.00, 2229.50, 2233.00, 2236.50, 2240.00, 2243.50, 2247.00, 2250.50, 2254.00, 2257.50, 2261.00, 2264.50, 2268.00, 2271.50, 2275.00, 2278.50, 2282.00, 2285.50, 2289.00, 2292.50, 2296.00, 2299.50, 2303.00, 2306.50, 2310.00, 2313.50, 2317.00, 2320.50, 2324.00, 2327.50, 2331.00, 2334.50, 2338.00, 2341.50, 2345.00, 2348.50, 2352.00, 2355.50, 2359.00, 2362.50, 2366.00, 2369.50, 2373.00, 2376.50, 2380.00, 2383.50, 2387.00, 2390.50, 2394.00, 2397.50, 2401.00, 2404.50, 2408.00, 2411.50, 2415.00, 2418.50, 2422.00, 2425.50, 2429.00, 2432.50, 2436.00, 2439.50, 2443.00, 2446.50, 2450.00, 2453.50, 2457.00, 2460.50, 2464.00, 2467.50, 2471.00, 2474.50, 2478.00, 2481.50, 2485.00, 2488.50, 2492.00, 2495.50, 2499.00, 2502.50, 2506.00, 2509.50, 2513.00, 2516.50, 2520.00, 2523.50, 2527.00, 2530.50, 2534.00, 2537.50, 2541.00, 2544.50, 2548.00, 2551.50, 2555.00, 2558.50, 2562.00, 2565.50, 2569.00, 2572.50, 2576.00, 2579.50, 2583.00, 2586.50, 2590.00, 2593.50, 2597.00, 2600.50, 2604.00, 2607.50, 2611.00, 2614.50, 2618.00, 2621.50, 2625.00, 2628.50, 2632.00, 2635.50, 2639.00, 2642.50, 2646.00, 2649.50, 2653.00, 2656.50, 2660.00, 2663.50, 2667.00, 2670.50, 2674.00, 2677.50, 2681.00, 2684.50, 2688.00, 2691.50, 2695.00, 2698.50, 2702.00, 2705.50, 2709.00, 2712.50, 2716.00, 2719.50, 2723.00, 2726.50, 2730.00, 2733.50, 2737.00, 2740.50, 2744.00, 2747.50, 2751.00, 2754.50, 2758.00, 2761.50, 2765.00, 2768.50, 2772.00, 2775.50, 2779.00, 2782.50, 2786.00, 2789.50, 2793.00, 2796.50, 2800.00, 2803.50, 2807.00, 2810.50, 2814.00, 2817.50, 2821.00, 2824.50, 2828.00, 2831.50, 2835.00, 2838.50, 2842.00, 2845.50, 2849.00, 2852.50, 2856.00, 2859.50, 2863.00, 2866.50, 2870.00, 2873.50, 2877.00, 2880.50, 2884.00, 2887.50, 2891.00, 2894.50, 2898.00, 2901.50, 2905.00, 2908.50, 2912.00, 2915.50, 2919.00, 2922.50, 2926.00, 2929.50, 2933.00, 2936.50, 2940.00, 2943.50, 2947.00, 2950.50, 2954.00, 2957.50, 2961.00, 2964.50, 2968.00, 2971.50, 2975.00, 2978.50, 2982.00, 2985.50, 2989.00, 2992.50, 2996.00, 2999.50, 3003.00, 3006.50, 3010.00, 3013.50, 3017.00, 3020.50, 3024.00, 3027.50, 3031.00, 3034.50, 3038.00, 3041.50, 3045.00, 3048.50, 3052.00, 3055.50, 3059.00, 3062.50, 3066.00, 3069.50, 3073.00, 3076.50, 3080.00, 3083.50, 3087.00, 3090.50, 3094.00, 3097.50, 3101.00, 3104.50, 3108.00, 3111.50, 3115.00, 3118.50, 3122.00, 3125.50, 3129.00, 3132.50, 3136.00, 3139.50, 3143.00, 3146.50, 3150.00, 3153.50, 3157.00, 3160.50, 3164.00, 3167.50, 3171.00, 3174.50,

